

RUNDBRIEF DEZEMBER 2012

**THEMENKOGRUPPE
MENSCHENRECHTE UND INDIGENE VÖLKER**

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



VORWORT

Liebe Rundbrief-LeserInnen,

bevor das Jahr zu Ende geht, haben wir es doch noch geschafft, einen weiteren Rundbrief in diesem Jahr erscheinen zu lassen. 2012 war unsere Gruppe wieder mal sehr aktiv. Unter anderem haben einige Mitglieder beim 2. Down Under Berlin - Australian Film Festival, das im September stattfand, mit Organisation und Vorträgen samt Podiumsdiskussion mitgewirkt. Unterstützung erhielten wir auch von Sabina Kacha, die sich bei Amnesty Aualien für die Menschenrechte der Aboriginal peoples im Northern Territory einsetzt. Wir ziehen ein kurzes Resümee des Festivals und gehen in dieser Ausgabe sehr ausführlich auf die Landrechte der australischen Ureinwohner ein und blicken auf die Zukunft der indigenen Bewohner im Northern Territory.

Hinweisen möchten wir auf unsere Kampagne zu den indigenen Bewohnern in Sarayaku/Ecuador. Mit Hilfe eines langen und mutigen Rechtsstreits haben sie sich erfolgreich gegen den ecuadorianischen Staat und ein argentinisches Erdölunternehmen gewehrt. Im August 2012 wurde ihnen endlich Recht durch den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte zugesprochen. Dieses Urteil ist ein wegweisendes auch für Ureinwohner der anderen südamerikanischen Länder. Der Staat Ecuador wurde dazu verurteilt, den auf dem Land der Sarayaku deponierten Sprengstoff zu räumen und eine Entschädigungszahlung zu leisten. Das wichtigste an dem Urteil allerdings ist, dass der Staat verpflichtet ist, bei zukünftigen Vorhaben die freiwillige, vorherige und sachkundige Zustimmung der Betroffenen einzuholen. Der Film „Die Kinder des Jaguar“ dokumentiert den Widerstand der Indigenen sowie die Reise einer Delegation zur entscheidenden Gerichtsverhandlung. Mehr zu der Kampagne ab Seite 7.

Wir bedanken uns bei allen, die die Gruppe bei Aktionen und Rundbriefen unterstützt haben und freuen uns auch im nächsten Jahr wieder auf eine gute Zusammenarbeit.

Das Redaktionsteam wünscht eine schöne Weihnachtszeit und für das kommende Jahr alles Gute und Gesundheit.

Barbara Hermanns und Rosie Hofstetter

INHALT

Vorwort	2
Impressum	3
Guatemala	4
Ecuador	7
Aktionspostkarte	9
Paraguay	10
Kanada	12
Bestellschein	16
Australien	17

AMNESTY INTERNATIONAL · Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Themenkategorie Menschenrechte und indigene Völker
Barbara Hermanns · Up de Schanz 26 · 22609 Hamburg · barbara.hermanns@hamburg.de
Rosemarie Hofstetter · Borsteler Chaussee 294 · 22453 Hamburg · rosie.hofstetter@t-online.de

Hinweis: Nur als solche gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung von Amnesty International wieder.

www.amnesty.de; www.amnesty-indigene.de

SPENDENKONTO 80 90 100 · Bank für Sozialwirtschaft · BLZ 370 205 00
GRUPPE 2915

GUATEMALA

EIN FUNKEN GERECHTIGKEIT FÜR DIE INDIGENE BEVÖLKERUNG

Die Menschenrechtslage in Guatemala ist nach wie vor weit vom Ideal entfernt. Doch innerhalb des letzten Jahres wurden durch Strafprozesse im Zusammenhang mit dem Genozid während des Bürgerkrieges Schritte in die richtige Richtung unternommen. Grund für weitere Hoffnung gibt die Prozess-eröffnung gegen den ehemaligen Ex-Präsidenten und Oberbefehlshaber des Militärs José Efraín Ríos Montt, unter dessen Herrschaft das Land 1982 und 1983 die höchsten Opferzahlen verzeichnen musste.

Zwischen 1944 und 1954 führten die demokratisch gewählten Präsidenten Juan José Arévalo und Jacobo Arbenz eine Reihe hoffnungsvoller Reformen durch. Als Arbenz jedoch begann, ungenutzte Landflächen der United Fruit Company (einem US-amerikanischen Großunternehmen) zu enteignen, unterstützte die CIA erfolgreich 1954 einen Militärputsch. Es folgten mehrere rechtsgerichtete, meist aus Militärkreisen stammende Präsidenten und mit der Zeit entwickelte sich das Militär zu einem integralen Bestandteil der Oligarchie. In den 60er-Jahren entstanden inspiriert von der kubanischen Revolution und Sandinisten in Nicaragua marxistische Guerrilla-Bewegungen. Die Militärregierung reagierte auf diese Entwicklung mit äußerster Härte und von 1960 bis 1996 wütete in Guatemala ein Bürgerkrieg, der eine der längsten und blutigsten bewaffneten Auseinandersetzungen Lateinamerikas war. Diese 36 Jahre waren von Terror, Unterdrückung und unverhältnismäßiger Gewalt des Militärregimes geprägt. Zwischen 1982 und 1983 erreichte der Bürgerkrieg seinen gewaltsamen Höhepunkt unter der Herrschaft von General José Efraín Ríos Montt. Während seiner Amtszeit ereignete sich die Hälfte aller während des internen Konfliktes dokumentierten Menschenrechtsverletzungen. Eine UN-Wahrheitskommission erklärte 1999, dass während des 36 Jahre währenden Bürgerkrieges 200.000 Menschen getötet worden oder verschwunden sind und es, vor allem in ländlichen und indigenen Gemeinden, mehr als 600 Massaker gab. Diese hauptsächlich gegen die indigene Bevölkerung gerichteten Verbrechen (83 % der Opfer gehörten der Maya-Bevölkerung an) gingen als Genozid in die Geschichte Guatemalas ein.

STRAFVERFOLGUNG GEGEN MENSCHENRECHTSVERLETZER

Im März dieses Jahres standen die fünf ehemaligen Paramilitärs Eusebio Grace, Julián und Mario Acoj, Santos Rosales und Lucas Tecúvor dem Strafgerichtshof in Guatemala Stadt. Ihnen wurde vorgeworfen, an einem Massaker auf ein indigenes Dorf in Plan de Sánchez im Jahr 1982 beteiligt gewesen zu sein. Die fünf Männer waren damals Mitglieder der Zivilpatrouille, einer paramilitärischen Einheit, die von der guatemalteken Armee eingesetzt wurde, um Aufgaben nach der Politik der „Verbrannten Erde“ auszutragen.

Am Nachmittag des 18. Juli 1982 sind ungefähr sechzig Männer in das Dorf eingedrungen und haben die indigenen Bewohner mit Gewehren angegriffen. Zwanzig Mädchen zwischen 12 und 20 Jahren wurden in einem Haus misshandelt, vergewaltigt und anschließend ermordet. Kinder wurden zu Tode geprügelt, während Erwachsene gefangen genommen wurden und danach erschossen oder mit Hand-

granaten beworfen wurden. Einige Dorfbewohner wurden in Strohhäuser getrieben, die mit Benzin übergossen und angezündet wurden. Die Leichname wurden später in Massengräbern verscharrt. Bei diesen Übergriffen kamen insgesamt 268 Maya-Achí Indigene ums Leben.

Der Strafgerichtshof befand die Angeklagten für schuldig und verurteilte sie zu jeweils 7.710 Jahren Gefängnis. Die Länge der Strafe ist symbolisch und spiegelt die grausame Natur der Verbrechen gegen die Menschlichkeit wider.

Jede neue Verurteilung hilft, die Straflosigkeit in Guatemala aufzubrechen. So wurden bereits 2010 vier ehemalige Soldaten wegen ihrer Beteiligung an einem Massaker in Dos Erres zu mehr als 6.000 Jahren Haft verurteilt. Doch auf Ebene höchster Befehlsverantwortung sind bisher noch nicht vom guatemalte-kischen Justizsystem vor Gericht gebracht worden. Das könnte sich nun ändern.

Der mittlerweile 86-jährige General Ríos Montt ist derzeit wegen Genozids angeklagt. Die Klage gegen Ríos Montt wurde bereits im Jahr 2001 im Rahmen einer Reihe weiterer Klagen gegen frühere Militärs von der Asociación para la Justicia y Reconciliación (AJR) eingereicht. Bei der AJR handelt es sich um die Vertretung mehrerer hundert Menschenrechtsopfer des bewaffneten Konflikts. Seit 2007 besteht seitens der spanischen Justiz ein internationaler Haftbefehl gegen ihn. Aufgrund des Regierungswechsels endete am 14. Januar seine Immunität als Kongressabgeordneter und ermöglichte somit die Zulassung der Klage.

Die Staatsanwaltschaft beschuldigte ihn am 26. Januar; während seiner Amtszeit für 266 militärische Aktionen verantwortlich gewesen zu sein. Am 1. Juli 1982 verhängte die Regierung den Belagerungszustand über mehrere Regionen, die verdächtigt worden waren, bewaffneten oppositionellen Gruppen Unterschlupf zu gewähren. Dadurch war das Militär dazu befugt, Menschen ohne Beweise festzunehmen, private Häuser und Fahrzeuge zu konfiszieren und in Häuser und Büros einzubrechen. In diesem Zeitraum kam es zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, wie außergerichtliche Hinrichtungen, Verschwindenlassen, Vergewaltigung, Folter und systematische Tötungen. Ríos Montt war als damaliger Oberbefehlshaber der guatemalte-kischen Armee das oberste Glied in der Befehlskette. Nach internationalem Recht können Personen mit Befehlsverantwortung für die von ihren Untergebenen schweren Menschenrechtsverletzungen strafrechtlich verantwortlich gemacht werden.

Bei der Anhörung am 26. Januar wurde von einem guatemalte-kischen Gericht entschieden, die Anklage zuzulassen. Berücksichtigt wurden elf Massaker an der indigenen Bevölkerungsgruppe Ixil, bei denen 1.771 Indigene umgebracht, 1.485 Frauen, darunter auch Minderjährige, vergewaltigt wurden. Weitere 29.000 Menschen wurden gewaltsam vertrieben. Für den weiteren Strafprozess wurde Ríos Montt mit einer Kautions von ca. 48.000 Euro und Hausarrest belegt. Die Verteidigung versucht, bisher erfolgreich, den eigentlichen Prozessbeginn durch Verfassungsbeschwerden und Anträge (z. B. auf Befangenheit und Amnestie) immer wieder zu verzögern. Einer weiteren Anklage wegen Mordes an 201 Indigenen in Dos Erres im Jahr 1982 wurde stattgegeben.

Amnesty International bezeichnet diese Strafprozesse als Meilensteine im Kampf gegen die Straflosigkeit und für die Aufarbeitung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Guatemala.

Ein weiterer entscheidender Schritt war ein Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Im Oktober dieses Jahres veröffentlichte der Gerichtshof ein bereits am 2. September gefälltes Urteil, in dem er den guatemalte-kischen Staat für fünf Massaker verurteilt, die in den Jahren 1980 und 1982 in der Gemeinde Río Negro, Rabinal, Alta Verapaz von Militär und Zivilpatrouillen verübt wurden. Diese Massaker wurden mit dem Bau des damals größten zentralamerikanischen Stausees (Chixoy) in Verbindung gebracht.

Das Gericht erklärte den guatemalte-kischen Staat für das gewaltsame Verschwindenlassen von 17 Gemeindemitgliedern, für sexuelle Gewalt gegen eine indigene Frau sowie für die Entführung von 17

Menschen (davon 16 Kinder) schuldig. Die entführten Minderjährigen seien zu Zwangsarbeit in den Häusern von Paramilitärs gezwungen worden.

Der guatemaltekische Staat wird dazu aufgefordert, die Taten zu untersuchen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Zudem muss ein genauer Plan vorgelegt werden, um das Schicksal der Verschwundenen aufzuklären und die vermutlich Ermordeten zu lokalisieren, zu exhumieren und zu identifizieren. Des Weiteren soll der guatemaltekische Staat öffentlich seine Verantwortung anerkennen und als Wiedergutmachung in die Infrastruktur der Gemeinde investieren und die Grundbedürfnisse der Vertriebenen befriedigen. Empfohlen wird ferner, Projekte für die Wiederbelebung und Bewahrung der Kultur der Maya-Achí umzusetzen und die Opfer und ihre Angehörigen zu entschädigen.

Die aktuelle guatemaltekische Regierung hat zuvor mit Bezug auf ein 1996 unterzeichnetes Amnestiegesetz gefordert, dass sich der Interamerikanische Gerichtshof für diesen Fall als nicht zuständig erkläre. Außerdem stritt sie ab, dass es im Land jemals Ermordungen aus ethnischen oder religiösen Gründen gegeben habe.

Trotz positiver Entwicklungen muss der guatemaltekische Staat noch viele Anstrengungen unternehmen, um seine Bürgerkriegsvergangenheit aufzuarbeiten und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Amnesty International fordert daher

- die Untersuchung aller Menschenrechtsverbrechen während des Bürgerkrieges,
- ein Ende der Straflosigkeit für all diejenigen, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Zeit des internen Konfliktes verantwortlich sind,
- den vollständigen und uneingeschränkten Zugang für Opfer und ihre Angehörigen zu Militärarchiven und Informationen, die helfen könnten Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen ausfindig zu machen,
- die Einrichtung der Nationalen Kommission für die Suche von Opfern von Verschwindenlassen und andere Formen des Verschwindens sowie die Sicherstellung von Ressourcen, um diese Arbeit zu verrichten, und
- die Ratifizierung der Internationalen Konvention zum Schutz aller Menschen gegen das Verschwindenlassen.

Stephanie Brause, Themenkategorie Menschenrechte und indigene Völker

ECUADOR

DER KAMPF DER SARAYAKU UM IHRE RECHTE

Das indigene Volk von Sarayaku im ecuadorianischen Amazonasgebiet umfasst eine Gemeinde von ungefähr 1.200 Personen. Sie leben auf ihrem angestammten Gebiet in der Provinz Pastaza. 1992 wurde ihnen Sarayaku als rechtmäßiger Besitz zugesprochen.

Im Jahr 2002 waren Ölarbeiter eines argentinischen Unternehmens auf das Land der Sarayaku vorgegriffen. Die Regierung hatte dem Unternehmen Konzessionsrechte eingeräumt, ohne die Sarayaku vorher zu konsultieren.

Die Mitarbeiter des Erdölunternehmens deponierten Sprengstoff, führten Sprengungen durch und gruben mehr als 400 Brunnen. Unterstützt wurden sie dabei durch die Armee und private Sicherheitskräfte. Diese Aktivitäten störten das Leben der Sarayaku empfindlich. Die Wohnungen vieler Frauen, Männer und Kinder wurden rechtswidrig zwangsgeräumt und ihre Versorgung mit Nahrung stark beeinträchtigt. Auch der Regenwald wurde z. T. großflächig vernichtet. Da Pflanzen, Tiere und Flüsse besondere Bedeutung für die Sarayaku haben, wurden durch diese Maßnahmen auch ihre Gefühle gegenüber der Natur und ihre religiöse Anschauung verletzt. Proteste der Sarayaku gegen diese Verletzung ihrer Rechte wurden mit Schikanen und Todesdrohungen beantwortet. Nach massiven Protesten durch die indigene Gemeinde verließ das Unternehmen schließlich das Land.

Die Sarayaku führten einen jahrelangen Rechtsstreit gegen die Regierung Ecuadors, da sie ihre Rechte verletzt sahen, und zogen bis vor den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die Klage richtete sich in erster Linie gegen die rechtswidrige Ausbeutung ihres Landes, gegen die Nichtkonsultierung der indigenen Gemeinde und forderte die Beseitigung der deponierten Sprengstoffe sowie eine Entschädigung für die den Sarayaku zugefügten Beeinträchtigungen.

WEGWEISENDES URTEIL FÜR DIE INDIGENENRECHTE

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat nun im August 2012 mit seinem Urteil bestätigt, dass der ecuadorianische Staat das Recht der Indigenen auf vorherige Konsultation, auf Gemeindeneigentum und kulturelle Identität verletzt hat. Auch habe er das Leben und die körperliche Unversehrtheit der Sarayaku gefährdet, da das Unternehmen 1,4 Tonnen Sprengstoffe auf ihrem Gebiet hinterlassen habe. Ecuador wurde zur Leistung einer Entschädigungszahlung und der Durchführung verschiedener Maßnahmen verurteilt, darunter die Beseitigung der Sprengstoffe.

Der Anführer der Sarayaku, José Gualinga, begrüßte das Urteil: "Die Sarayaku sind sehr zufrieden mit diesem Sieg, der durch die Anstrengungen unserer Gemeindemitglieder und der Hilfe und Solidarität von Organisationen, die sich für die Rechte der indigenen Völker einsetzen, erreicht wurde." Auch Mario Melo, der Anwalt der Gemeinde, erklärte, das positive Urteil sei auf das große Engagement der Gemeinde zurückzuführen.

Damit haben sie einen wichtigen Sieg nicht nur für indigene Gemeinden in Ecuador, sondern in der ganzen Region errungen. "Dieses Urteil ist ein Meilenstein für die Verwirklichung der Rechte indigener Gruppen und muss nun umgehend von der Regierung Ecuadors umgesetzt werden", erklärte die Lateinamerikaexpertin von Amnesty International Maja Liebing. Auch die anderen Regierungen der Re-

gion müssen die starke Botschaft dieses Urteils beachten, ihre Verpflichtungen gegenüber den Indigenen anerkennen und Maßnahmen für die Verwirklichung ihrer Rechte ergreifen.

Das Recht indigener Gemeinden auf vorherige Konsultation bei allen Projekten, die ihr angestammtes Land betreffen, ist in der ILO-Deklaration 169 über die Rechte der indigenen Völker verankert, die von den meisten Staaten der Region ratifiziert wurde und damit völkerrechtlich verbindlich ist. Auch haben viele südamerikanische Länder inzwischen die Rechte der indigenen Bevölkerung in ihren Verfassungen verankert. Trotzdem werden sie in der Praxis noch immer verletzt. Das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs verdeutlicht die Verpflichtung der Staaten, konkrete Konsultationsmechanismen zu schaffen.

Es geht nun darum, die Sarayaku bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen und der Regierung Ecuadors zu zeigen, dass eine weltweite Öffentlichkeit darauf achtet, dass die Umsetzung des Urteils des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte in adäquater Form erfolgt. Dies bedeutet, dass die Sarayaku bei der Planung und Durchführung der erforderlichen Maßnahmen, z. B. bei der Beseitigung des Sprengstoffes, beteiligt werden und dass die Entschädigungszahlung in angemessener Weise festgesetzt wird. Zur Überwachung der Umsetzung des Urteils hat Ecuador dem Gericht im Juni 2013 einen Bericht vorzulegen.

WAS KÖNNEN WIR TUN?

Die Regierung Ecuadors auffordern,

- das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte umzusetzen und anzuerkennen, dass die Rechte der Sarayaku verletzt wurden;
- das Gelände der Sarayaku von Sprengstoff zu räumen und sie bei zukünftigen Projekten, die ihr Land betreffen, vorher zu konsultieren;
- eine Regelung zu schaffen, die sicherstellt, dass bei allen zukünftigen Projekten die Rechte der indigenen Bevölkerungen Ecuadors auf vorherige Konsultation gewahrt werden. Insbesondere müssen indigene Völker bei jedem Bergbau- oder Entwicklungsprojekt, das ihr Land betrifft, konsultiert werden und ihre Zustimmung erteilen. Ein solches Regelungswerk muss internationalen Standards genügen und gemeinsam mit den Indigenen ohne jegliche Diskriminierung entwickelt werden.

Gruppen, die sich an der Kampagne zu den Sarayaku beteiligen möchten, wenden sich bitte an Barbara Hermanns, Sprecherin der Themenkategorie „Menschenrechte und indigene Völker“. Für Veranstaltungen steht den Gruppen der Dokumentarfilm „Die Kinder des Jaguar“ zur Verfügung.

DIE KINDER DES JAGUARS

Der von den Sarayaku und Amnesty International ko-produzierte Dokumentarfilm "Die Kinder des Jaguars" (Los descendientes del jaguar) zeigt, wie die Sarayaku ihren Fall bis vor den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte brachten.

Der Film hat 2012 bereits mehrere Preise als bester Dokumentarfilm gewonnen. Er kann von Gruppen als DVD ausgeliehen werden. Der Film hat eine Länge von 28'40".

Ein Trailer mit englischem Untertitel ist zu finden unter:

<https://adam.amnesty.org/asset-bank/action/viewAsset?id=152613>

Weitere Informationen:

So that no one can demand anything' Criminalizing the right to protest in Ecuador?
<http://www.amnesty.org/en/library/info/AMR28/002/2012/en>

Weitere Artikel auf amnesty.de:

Wegweisendes Urteil für Indigenenrechte, 2. August 2012

Sind Profite wichtiger als die Rechte von Indigenen?, 9. August 2012

Günter Pape, Amnesty-Gruppe 1008 und Themenkategorie Wirtschaft, Rüstung und Menschenrechte

Barbara Hermanns, Themenkategorie Menschenrechte und indigene Völker

AKTIONSPOSTKARTE

HELFEN SIE, DIE INDIGENEN VÖLKER IN DEN ANDEN UND IM AMAZONASGEBIET ZU SCHÜTZEN!

Im Rahmen der Dignity Kampagne wurde eine Aktionspostkarte gestaltet, durch die Regierungen in **Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Paraguay und Peru** aufgefordert werden, die Rechte der indigenen Völker anzuerkennen und diese zu schützen.

Die Doppelkarte und Adressaufkleber sind zu beziehen bei Barbara Hermanns (barbara.hermanns@hamburg.de).

50 Karten inkl. Aufkleber kosten 10 EUR.



A las autoridades de Brasil, Colombia, Ecuador, Paraguay y Perú: Por medio de la presente insto, junto con los pueblos indígenas, a las autoridades de los países andinos y amazónicos a que implementen la Declaración de las Naciones Unidas sobre los Derechos de los Pueblos Indígenas y tomen las medidas necesarias para que estos derechos se cumplan. Atentamente,

As autoridades do Brasil, Colômbia, Equador, Paraguai e Peru: Venho por meio deste pedir, juntamente com os povos indígenas, a todos os governos em países andinos e na Amazônia que implementem em sua integralidade a Declaração das Nações Unidas sobre os Direitos dos Povos Indígenas e que tomen as medidas necessárias para proteger estes direitos. Respeitosamente,

€ 1,-

NOMBRE/NOME/NAME: _____

LOGAR/CIDADE/WOHNORT: _____

PAÍS/LAND: _____

Kleben Sie hier einen Adressaufkleber auf.

In den Anden und im Amazonasgebiet sind indigene Völker Opfer von Politik und Unternehmen. Einige Beispiele:

BRASIL: Vor kurzem konnten Indigene in Raposo/Serra do Sul einen Erfolg verbuchen. Sie erhielten Grund und Boden ihrer Vorfahren zurück. Von vielen anderen indigenen Völkern sind aber weiterhin die natürlichen Lebensgrundlagen aufgrund des Handels mit Agrarprodukten in Gefahr. Diese Völker werden so die Leidtragenden der wirtschaftlichen Ziele Brasiliens.

KOLUMBIEN: In den vergangenen fünf Jahren sind mehr als tausend Angehörige indigener Völker in Kolumbien ermordet und tausende aus ihrer Heimat vertrieben worden, weil sie auf strategisch oder ökonomisch wichtigen Boden wohnen. In vielen der indigenengebiete wird der kolumbianische Bürgerkrieg ausgefochten.

ECUADOR: Die indigenen Völker im Amazonasgebiet von Ecuador leiden schon seit Jahrzehnten unter der Erdbäusbeutung in ihrem Gebiet. Ungeheure Erdbäusbeutungen haben große Teile des tropischen Regenwaldes zerstört, Nahrungs- und Wasserquellen vergiftet und Krankheiten unter der einheimischen Bevölkerung verursacht.

PARAGUAY: Trotz eines Urteils des interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte bleibt die Regierung von Paraguay in Verzug bei der Übertragung der Gebiete ihrer Vorfahren an die Gemeinschaften der Yuki Axa und Sawhoyamaya. Die sozial-ökonomische Situation der indigenen Völker Paraguays ist kritisch.

PERU: Durch Bergbau und Ölförderung werden das Grundwasser und das Land der indigenen Bevölkerung verschmutzt. Menschen, die ihre Rechte beanspruchen, werden mit dem Tod bedroht. Demonstrationen werden mit aller Härte niedergeschlagen. Viele Tote sind die Folge.

Durch das Verschicken der Aktionskarte fordern Sie die Regierungen in den Anden und im Amazonasgebiet auf, sich an die Erklärungen der Vereinten Nationen zu halten, die Rechte der indigenen Völker anzuerkennen und diese Völker zu schützen.

Amnesty International
 Geschäftsbereich: Bundeszentrale für politische Bildung
 53100 Bonn
 T +49 228 90373-0
 F +49 228 90373-20
 E info@amnesty.de / www.amnesty.de

PARAGUAY

Verein zur Unterstützung indianischer Landforderungen im paraguayischen Chaco e.V. (Deutsche Sektion)

Zwischen den Wegen 6, 79591 Eimeldingen
Tel. 07621 64905 Fax 0322 298 838 24 email: landfuerindianer@t-online.de
Bankverbindung: Sparkasse Markgräflerland Weil/Rhein BLZ 68351865 Kto. 7-501968
Internet: <http://www.indigene-paraguay.ch/> (Schweizer Partnerverein)

November 2012

Liebe Freunde unserer Initiative,

zum Ende dieses Jahres möchte ich Sie wieder über aktuelle Ereignisse und Entwicklungen in Zusammenhang mit unseren indigenen Landprojekten in Paraguay, vor allem der Landforderung der Totobiegosode, informieren.

Leider hat sich die generelle politische Situation in Paraguay durch den Sturz des für fortschrittlich geltenden, vom Volk gewählten Präsidenten Fernando Lugo dramatisch geändert. Er wurde im Juni in einem äußerst fragwürdigen Verfahren vom paraguayischen Senat abgesetzt. Lugo war seit vielen Jahrzehnten der erste Präsident, der nicht der rechtsgerichteten Colorado-Partei angehörte. Er hatte sich tiefgreifende soziale Reformen zum Ziel gesetzt, und wollte die Korruption bekämpfen. Sein Nachfolger wurde der bisherige Vizepräsident Federico Franco, der das Amt bis zu den Neuwahlen im April 2013 ausüben soll. Als ausgewiesener Freund der Großgrundbesitzer und des Agrobusiness steht er wohl nicht für eine Politik zugunsten der Campesinos und Indigenen.

In der Landforderung der Totobiegosode, die sich in einer kritischen Phase befindet, hat es bislang trotz großer Bemühungen keine weiteren Fortschritte gegeben. Wie bereits berichtet, sollen verschiedene Landflächen im Kerngebiet der Totobiegosode, die ihnen bereits gehören, durch den Kauf von Land (36.000 ha) der Firma Casado miteinander verbunden werden. Bereits im Frühjahr beobachteten die Indigenen in der Casado-Parzelle größere illegale Rodungen, die durch Satellitenaufnahmen bestätigt wurden. Die von unseren Partnern und den Indigenen zu Hilfe gerufenen Behörden verboten damals jeden weiteren Eingriff in die Natur. Es hat den Anschein, dass sich die Landbesitzer bislang an diese behördlichen Anweisungen halten.

Da sich die Verhandlungen mit dem Repräsentanten der Firma Casado in Paraguay festgefahren hatten, bemühte sich Urs Scheibler, der Präsident der Stiftung unserer Schweizer Partner, seit längerem darum, einen direkten Kontakt zu den Besitzern des Casado-Landes in Argentinien herzustellen. Dies gelang ihm schließlich mit Hilfe der Schweizer Botschaft in Buenos Aires, die den Kontakt zu Diego León Casado, Vizepräsident der Carlos Casado Gesellschaft, vermittelte. Er scheint zu einem Treffen bereit zu sein, hat jedoch wegen gesundheitlicher Probleme noch keinen konkreten Termin angeboten. Wir hoffen aber, dass das Treffen möglichst bald stattfinden kann und zu einem Einlenken von Casado in der Landfrage führt. Denn wir halten die Sicherung dieser Parzelle für das Gelingen des Gesamtprojekts entscheidend, da sie die Verbindung der bereits erworbenen Parzellen gewährleistet.

In Arocojnadi, einem der Totobiegosode-Dörfer auf bereits gesichertem Land, grassiert zurzeit eine schwer zu bekämpfende Lungeninfektion, die immer wieder eine Hospitalisierung einzelner schwer erkrankten Dorfbewohner nötig macht. Da die Kosten von den vorhandenen Mitteln nicht gedeckt werden, haben unsere Schweizer Partner dafür 12500 CHF zur Verfügung gestellt.

Die Gemeinschaft der Nivaclé-Manjuy in Yacacvash blickt auf ein gutes Jahr zurück. Dank günstigem Wetter gab es eine gute Ernte in den Familiengärten und den Gemeinschaftsfeldern, und aus dem Erlös konnten verschiedene Anschaffungen in der Landwirtschaft gemacht werden. Das neue Schulhaus wurde eingeweiht und die Stromzufuhr (!) erstellt, nachdem die Gemeinschaft der Nivaclé-Manjuy zugestimmt hatte, eine Stromleitung für eine andere Nivaclé-Gemeinschaft entlang ihrer Zufahrtsstraße zu führen.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre bisherige Unterstützung und würde mich sehr freuen, wenn Sie unsere Projekte auch weiterhin unterstützen würden.

Ich wünsche Ihnen gesegnete Weihnachten und alles Gute für das neue Jahr!

Mit den besten Grüßen
Christian Landes

KANADA

ABGEFACKELT

In dem traditionellen Siedlungsgebiet der Lubicon Cree-Indianer im Norden der kanadischen Provinz Alberta wird Erdöl im Milliardenwert gefördert. Während die Regierung unter Vorwänden den Indigenen ihre Landrechte und damit Entschädigungszahlungen verweigert, verschimmeln deren Häuser, sie haben kein fließendes Wasser und keine Kanalisation.

Von Gerd Braune (Text) und Dawin Meckel (Fotos)

Der Highway 986 führt über viele Kilometer fast schnurgerade durch die Mischwälder Nord-Albertas. Stichstraßen durchschneiden den Forst. Dwight Gladue steuert seinen Truck über die Schotterstraße, die vom Highway einige Kilometer nach Norden führt. „Das ist traditionelles Lubicon-Territorium“, sagt der Lubicon Cree-Indianer. Man sieht Gladue an, dass er zupacken kann, das Holzfällerhemd und die Basecap über dem halblangen, schwarzen Haar unterstreichen diesen Eindruck noch. Die Sonne verschwindet am Horizont. Der Himmel färbt sich rot. Dann öffnet sich der Wald zu einer Lichtung, auf der Wellblechbaracken und Öltanks stehen. Ein Rohr ragt in die Höhe. An seinem Ende schießt eine Stichflamme empor. Gas wird abgeackelt. Es ist eine der vielen Ölförderstellen rund um Little Buffalo, der kleinen Lubicon Cree-Gemeinde.

Einige Kilometer weiter hält Gladue an einer weiteren Förderstelle an. Im gleichmäßigen Rhythmus bewegt sich die für Ölfelder typische Förderpumpe mit der Querstange und der als Pferdekopf bezeichneten hammerförmigen Spitze auf und ab. „Wir haben hier eine Häufung von Bohrstellen. Wir müssen damit leben. Wir können nicht einfach fortgehen“, sagt Dwight Gladue. Was nach Gleichmut klingt, ist vielmehr Entschlossenheit. Seit vielen Jahren ist Gladue Mitglied des Gemeinderates, hier ist er aufgewachsen, dies ist sein Land.

Im April 2011 waren aus dem Leck einer Pipeline in der Nähe von Little Buffalo 4500 Kubikmeter Rohöl ausgeflossen, das sind 4,5 Millionen Liter. Das Land, das die Lubicon als ihr traditionelles Siedlungs- und Jagdterritorium bezeichnen, wird von Pipelines durchzogen. Jahrzehntlang wurde vergeblich über Landrechte verhandelt, seit 2006 sind die Gespräche abgebrochen und die Lubicon Cree stehen mit leeren Händen da, während ihr Lebensraum ausgebeutet und vergiftet wird. „Wo wird die nächste Pipeline brechen? Welchen Gefahren ist unsere Gesundheit und unsere Umwelt ausgesetzt“, fragt Gladue. „Die Regierung und die Unternehmen haben all die Ressourcen. Wir haben nichts.“ Er klingt bitter, tiefe Furchen hat das Leben hier neben seine Mundwinkel gegraben.

Kanada ist eines der reichsten Länder der Erde. Alberta ist noch reicher. Die Provinz ist Kanadas wichtigste Ölregion und ein Motor der Wirtschaft des Landes. Aber der Reichtum ist ungleich verteilt. In Little Buffalo im Norden der Provinz ist davon nichts zu sehen. Hier herrschen Bedingungen, die man eher in der Dritten Welt vermutet. Weit verstreut liegen die Häuser, meist abseits der Schotterstraßen und -wege, die durch die Gemeinde führen. Hin und wieder stehen einige Häuser näher beisammen, einen richtigen Ortskern gibt es nicht, sieht man von der Schule ab, um die herum Containerwohnungen für Lehrer und Schulpersonal aufgestellt wurden. Hier ist auch das kleine Gesundheitszentrum, in das zweimal in der Woche eine Krankenschwester kommt, die leichtere Erkrankungen behandelt, Wunden versorgt, Impfungen verabreicht oder die Überweisungen schreibt zu Ärzten im hundert Kilometer entfernten Peace River oder Grand Prairie. Neben einigen Häusern stehen Tipis, blaue Plastikplanen sind über die Stangen gelegt, die das Zelt formen. Aus einigen Zelten steigt Rauch auf – Räucherkammern für Fisch und Fleisch. Die Wege in Little Buffalo sind weit, ohne Auto nicht zu bewältigen. Keine Ge-

schäfte, keine Tankstelle, kein Restaurant. Für Einkäufe müssen die Lubicon in die 20 Kilometer entfernte Nachbargemeinde Cadotte Lake oder gar nach Peace River fahren.

Aber Little Buffalo fehlt mehr. Es gibt kein fließendes Wasser, keine Duschen im Haus, keine Toiletten. Man hat ein „outhouse“ im Garten, ein Plumpsklo. Trinkwasser wird mit Lastwagen herangekarrt. Die überwiegend eingeschossigen Wohnhäuser, mit Kunststoff oder Holzpanelen verkleidet, sind schlecht isoliert, von Schimmel befallen, stellen für die Bewohner eine Gesundheitsgefahr dar und können eigentlich nur abgerissen werden.

Die Geschichte der Lubicon ist eine jahrzehntelange Tragödie: Enttäuschte Hoffnungen und gebrochene Versprechen; Ausbeutung und Zerstörung ihrer Umwelt; und zuletzt auch noch ein interner Konflikt, der der Regierung den Vorwand gab, die Lubicon quasi zu entmündigen, unter „Third Party Management“ zu stellen und ihnen nahezu jedwede Entscheidungsgewalt zu nehmen.

Das Haus von Veronica Okemow und ihres Mannes Terry sieht auf den ersten Blick nicht schlecht aus. Es ist eines der für indianische Gemeinden typischen Häuser mit Holzverkleidung, braun und weiß gestrichen, an zwei Seiten von einer Veranda umgeben, auf der neben einer Sitzbank mehrere 20-Liter-Container mit Trinkwasser stehen. Die Okemows sitzen bei einer Tasse Kaffee in ihrer Küche. Die Wände sind wie in fast allen Häusern hier mit zahlreichen Familienfotos geschmückt. „Live well, laugh often, love always“, besagt einer der Sticker auf der Kühlschrankschür, ein anderer: „Demand Justice. Support the Lubicon Cree“. Es ist ein Aufkleber von Amnesty International Canada.

Wer sich das Haus genauer anschaut, sieht die Mängel und Schäden. Bröckelnder Gips und Beton an Wänden und Mauerwerk, in den Schlafzimmern Feuchtigkeits- und Schimmelspuren vom Boden bis zur Decke. Veronica legt einen amtlichen Inspektionsbericht vom September 2010 vor. Es ist ein vernichtendes Urteil über den Zustand des Hauses. „Wir brauchten das Papier eigentlich nicht. Wir können es sehen und riechen“, sagt sie. In dem Bericht steht: „Sofort reparieren oder ersetzen.“ Aber dafür haben die Lubicon kein Geld. Das holen andere aus ihrem Boden. Und über das wenige, was ihnen vom Staat zugewiesen wird, haben sie zudem derzeit nur eingeschränkt Verfügungsmacht.

Die verzweifelte Lage der Lubicon war Gegenstand vieler internationaler Berichte und beschäftigte mehrmals UN-Ausschüsse. Bereits 1990 hatte der UN-Menschenrechtsausschuss Kanada angesichts der ungelösten Landrechtsfrage der Lubicon die Verletzung des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vorgeworfen. 2007 besuchte der UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf angemessenes Wohnen, Miloon Kothari, indigene Gemeinden in Kanada. Er bezeichnete die Lebensbedingungen vieler Familien in Little Buffalo, die keinen Anschluss an Trinkwasserversorgung und Kanalisation haben, die beengten Wohnungsverhältnisse und die „armseligen“ Lebensbedingungen als „appalling“, als haarsträubend. 2010 stellte der UN-Sonderberichterstatter zur Lage der Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten indigener Völker, James Anaya, fest, die Lubicon Cree seien „schlimmen sozialen und ökonomischen Bedingungen“ ausgesetzt, die für Kanada „uncharakteristisch“ seien. Er berichtete von „Substandard“-Lebensbedingungen der Lubicon, während zugleich ihre Ansprüche auf traditionelles Territorium und gesicherte Landrechte ungelöst seien und die wirtschaftliche Erschließung des Gebietes durch Öl- und Gasförderung sowie Pipelines voranschreite.

Am Anfang des Kampfes der Lubicon steht ein „Übersehen“. Ende des 19. Jahrhunderts schlossen Indianer des kanadischen Westens mit der britischen Krone Verträge über ihren Status, traten einen Großteil ihres Landes ab und erhielten im Gegenzug Reservationen. Die Lubicon, die etwa 400 Kilometer nordwestlich von Edmonton leben, wurden übersehen. Einerseits bedeutete dies, dass die Lubicon keinen Schutz vor Eingriffen hatten. Andererseits können sie heute geltend machen, dass sie niemals ihr traditionelles Land veräußert haben.

In den fünfziger Jahren wurde das Territorium für die Rohstoffsuche geöffnet, in den siebziger Jahren setzte der erste Ölboom in dem rund 10.000 Quadratkilometer großen traditionellen Siedlungs- und Lebensraum der Lubicon ein. Im Mai 2006 schilderten sie vor dem UN-Ausschuss über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte die Folgen des Booms: „In den vergangenen 25 Jahren drangen Dutzende Rohstoffunternehmen in unser traditionelles Territorium ein und verwüsteten es. Sie entnahmen unserem traditionellen Gebiet Öl, Gas und Forstressourcen für Milliarden von Dollar. Diese massive Ressourcenausbeutung hat die Ökologie unseres traditionellen Territorium zerstört.“ Die Lubicon berichteten vom Verlust ihres traditionellen Lebensstils, der wachsenden Abhängigkeit von Wohlfahrtsleistungen des Staates, von Gesundheitsproblemen – verschiedene Krebserkrankungen, Tuberkulose, eine Häufung von Totgeburten, Atemwegs- und Hautleiden.

Mehrfach wurde Kanada von UN-Gremien aufgefordert, eine Vereinbarung über „alle nicht offenen Ansprüche der Lubicon Lake Nation in Bezug auf ihre Land- und Territorialrechte“ zu erreichen. Bis dahin sollte der Staat „extreme Vorsicht“ bei wirtschaftlichen Aktivitäten auf dem umstrittenen Land walten lassen, schrieb zuletzt UN-Sonderberichterstatter Anaya im Herbst 2010.

Amnesty International engagiert sich seit vielen Jahren für die Lubicon Cree. Im Jahresbericht 2010 hielt Amnesty der kanadischen Regierung vor, sie missachte bei der Vergabe von Lizenzen für Bergbau, Forstwirtschaft und Ölförderung indigene Rechte: Massive Öl- und Gasprojekte seien weiterhin ohne Zustimmung der Lubicon Cree durchgeführt worden, was die Nutzung ihres traditionellen Landes unterminiere und Armut und gesundheitliche Probleme fördere. Bereits 2003 hatte Amnesty unter dem Titel „Time is wasting“ einen Bericht über die Lubicon Cree und ihren jahrzehntelangen Kampf ums Überleben veröffentlicht. Amnesty forderte darin den damaligen liberalen Premierminister Jean Chretien, der kurz vor seinem Rücktritt stand, auf, er solle „sicherstellen, dass eine faire und gerechte Vereinbarung mit den Lubicon Cree erreicht wird, die den Schutz ihrer Rechte sichert, wie es internationales und nationales Recht verlangt“ – so wie es Chretien zehn Jahre zuvor als Oppositionspolitiker versprochen hatte.

1988 hatte es nach einer Einigung ausgesehen. Die Provinzregierung von Alberta und die Lubicon einigten sich für die rund 500 Cree von Little Buffalo auf eine 243 Quadratmeilen große Reservation. Notwendig war aber noch eine Einigung mit der konservativen Bundesregierung Mulroney. Diese legte jedoch dann ein Angebot vor, das die Lubicon nicht annehmen konnten. Es sah den Bau von Häusern und Straßen vor, enthielt aber keine Perspektive für eine ökonomische Entwicklung des Lubicon-Gebiets oder Entschädigung. Der Vorschlag hätte dazu geführt, dass die Lubicon auf Dauer von Wohlfahrtsleistungen abhängig wären, „wie Tiere im Zoo, die versorgt werden und zu festgesetzter Zeit gefüttert werden“, sagte das damalige Oberhaupt der Gemeinde, Chief Bernard Ominayak.

Erneut sah es 2003 nach einer Verständigung aus, aber sie scheiterte daran, dass zwar eine Reservation angeboten wurde, Verhandlungen über Selbstverwaltung aber nicht zustande kamen. Beide Seiten schieben sich hierfür die Schuld zu. „Das Recht zur Selbstregierung muss ein wichtiger Teil einer Vereinbarung sein“, sagt Kevin Thomas, Berater der Lubicon und einer der Gründer der NGO „Friends of the Lubicon“. Sonst bliebe am Ende nur eine Reservation oder neue Siedlung für die Cree.

Seit dem Regierungsantritt der konservativen Regierung Harper bewegt sich nichts mehr, und 2009 verschärfte sich wegen gemeindeinterner Konflikte die Lage. Damals entschied die überwältigende Mehrheit der Lubicon von Little Buffalo, anstelle des bisherigen Chief Bernard Ominayak das Ratsmitglied Steve Noskey zum Chief zu wählen. Zugleich wurde ein neuer Gemeinderat gewählt. Vorausgegangen waren Berichte über eine irreguläre Verwendung von Bundes- und Gemeindegeld durch die Führung um Ominayak. Im Juni 2009 wurden Noskey und der neue Gemeinderat nahezu einmütig von den 100 anwesenden Lubicon in einer Gemeindeversammlung gewählt. Wenige Tage nach der Wahl Noskeys aber ließ sich Ominayak in einer schwer durchschaubaren Prozedur von einer kleinen Schar Getreuer als Häuptling bestätigen.

Nun trat ein, was niemand erwartete: Statt die Mehrheitsentscheidung zu akzeptieren, verweigerte die kanadische Regierung die Anerkennung der Wahl Noskeys mit der Begründung, sie könne sich in diesem Konflikt nicht auf eine Seite stellen. Wenige Monate nach der Wahl wurden die Lubicon unter Zwangsverwaltung gestellt. Die Lubicon waren schockiert: „Wir haben Euch die Unterschriften geschickt und die ganze Dokumentation“, klagte eine junge Frau in der damals einberufenen Gemeindeversammlung. Ein professioneller Wahlleiter von außerhalb war angeheuert worden und hatte dem zuständigen Ministerium den Bericht mit dem Ergebnis der Wahlgänge vorgelegt. „Wo ist Demokratie in Kanada? Nirgends. Jedenfalls nicht für uns“, empörte sich die junge Frau.

Viele Lubicon sehen in dem Verhalten der Regierung den Versuch, die Gemeinde auseinanderzureißen, wie Steve Noskey sagt. „Sie wollen einen Chief und Gemeinderat, der nimmt, was ihm angeboten wird“, glaubt Dwight Gladue, der dem gewählten, von der Bundesregierung nicht anerkannten, neuen Gemeinderat angehört. „Haben wir nicht das Recht, unsere Führung zu wählen?“

Selbst ein Kompromiss der Gemeinde hat bis zum Redaktionsschluss des Journals die kanadische Regierung nicht veranlasst, die Zwangsverwaltung der Lubicon zu beenden. Mitte Juli akzeptierten die gewählten Gemeinderatsmitglieder um Steve Noskey und Dwight Gladue den bisherigen Häuptling Ominayak „als rechtmäßigen Häuptling des Lubicon-Volks“ und teilten dies der Bundesregierung mit – was Menschenrechtsaktivisten wie Dionys Zink von der Aktionsgruppe Indianer und Menschenrechte in München als „politische Katastrophe“ bezeichnen. Durch den Amtsverzicht des demokratisch gewählten Häuptlings Noskey zugunsten des abgesetzten Ominayak seien die Lubicon in einen „Legitimations-schlamassel“ geraten.

Erreichen mit dem unglücklichen Schachzug wollte die Gruppe um Noskey ein Ende des „Third Party Managements“. Die Regierung lehnte prompt ab und fordert nun eine „offene und transparente Wahl“. „Drei Jahre lang hat die Regierung Kanadas den Vorwand angeführt, dass wir gespalten sind und sie nicht wissen, mit wem sie sprechen sollen, um nicht mit uns zu sprechen. Jetzt wissen sie, mit wem sie sprechen können, und sie weigern sich“, reagierte hierauf Ominayak in einer Presseerklärung.

Craig Benjamin von Amnesty Canada sieht es ähnlich: „Sie ändern die Regeln, wann immer sie wollen“, sagt er zum Verhalten der Regierung. Er verweist auf mehrere Gerichtsentscheidungen, wonach die Regierung die Pflicht hat, mit den indigenen Völkern „in gutem Glauben“ zu verhandeln, wenn es um die wirtschaftliche Entwicklung von Territorium geht, das sie als ihr traditionelles Gebiet ansehen. „Mit einer Entschuldigung nach der anderen haben sie diese Verantwortung ignoriert.“ Und sollte es Zweifel daran gegeben haben, mit wem die Regierung verhandeln soll, dann hätte sie in dieser Zeit die weitere wirtschaftliche Entwicklung stoppen müssen, um die angestammten Rechte der Lubicon nicht weiter zu untergraben, sagt Benjamin.

Stattdessen hat die Regierung jetzt zusätzlich zum Zwangsverwalter einen „Facilitator“, einen Moderator, eingesetzt, der mit einer Gruppe von Gemeindemitgliedern die Rechtsgrundlagen überarbeiten soll, nach denen die Gemeinde regiert wird. Wozu dies führen wird, ist offen. In dem umstrittenen Komitee arbeiten auch Lubicon, die weit entfernt von der Gemeinde leben.

Werden künftig Lubicon Cree, die nicht in Little Buffalo leben, bei Wahlen stimmberechtigt sein, während alteingesessene Gemeindemitglieder, die seit Jahren für die Rechte der Gemeinde kämpfen, ausgeschlossen werden, weil sie nicht unter die enge Definition des „Status-Indianers“ fallen, die regelt, wer als Indianer anerkannt wird? Es kann durchaus sein, dass der bei den Lubicon bisher übliche „Custom Code“ so weit verändert wird, dass er dem weitaus enger gefassten „Indian Act“ des Landes ähnelt. Was nach bürokratischer Spitzfindigkeit klingt, ist essentiell: Sinkt durch die Neufassung der Rechtsgrundlagen der Gemeinde und des Wahlrechts die Mitgliederzahl der Gemeinde, dann verringert sich auch die Reservationsfläche, auf die die Lubicon Anspruch erheben können. Auch die Machtverhältnisse in der Gemeinde könnten sich verschieben. Am Ende kann eintreten, was Unterstützer der

Lubicon befürchten: dass Little Buffalo eine „Marionettenregierung“ bekommt, die das abgesegnet, was Bund und Provinz anbieten, statt auf Landansprüche und Entschädigungszahlungen zu beharren. Und bislang sieht es ganz danach aus, als habe die kanadische Regierung mit ihrer Politik des „teile und herrsche“ Erfolg gehabt.

In Little Buffalo springt Lydyah hinter dem Haus ihrer Großmutter Lilian Whitehead mit ihren jüngeren Cousins Taliah und Tiera auf einem Trampolin herum. Die achtjährige Lydyah ist ein aufgewecktes Mädchen, mit langen schwarzen Haaren, strahlenden Augen und fast immer einem hinreißenden Lächeln im Gesicht. Sie ist glücklich bei ihrer Oma, die sie aufzieht, obwohl sie doch auf so viel verzichten muss, was für andere Kinder in diesem reichen Land selbstverständlich ist, hier in der kleinen Gemeinde Little Buffalo, um die sich das Netz der Pipelines immer enger zieht, in der es kein fließendes Wasser und keine Sanitäranlagen gibt und die Häuser von Schimmel zerstört werden.

Bestellschein Abonnement Themenkategorie Menschenrechte und Indigene Völker

Helmut Müller
Alte Rennbahn 15
21244 Buchholz

Absender/Lieferadresse:

Name

Straße

PLZ Ort

Bezirk Kostenstelle

Hiermit abonniere ich ab sofort den MAI-Rundbrief.
Das Abonnement kann jederzeit schriftlich gekündigt werden.

Eine jährliche Spende in Höhe von EUR 10,00 wird auf das Spendenkonto Nr. 80 90 100, BLZ 370 205 00, Bank für Sozialwirtschaft, mit dem Vermerk: Gruppe 2915, überwiesen.

Ort, Datum

Unterschrift

AUSTRALIEN

BERICHT VOM 2. DOWN UNDER BERLIN - AUSTRALIAN FILM FESTIVAL 2012

Vom 13. bis 16. September 2012 fand im Kino Movimiento in Berlin-Kreuzberg das 2. Down Under Berlin - Australian Film Festival statt. Ein Schwerpunkt des Festivals war wie schon im letzten Jahr das Thema "Indigenous Australia". Gezeigt wurden im Rahmen dieses Schwerpunktes die Filme "Toomelah" von Ivan Sen und "I Am the River" von Luigi Cutore und Mark McNeill sowie der Kurzfilm "Riding in Between" von Greg Stehle. Neben den Filmen gab es dieses Jahr ein deutlich ausgebautes Begleitprogramm. So war Amnesty International mit zwei Vorträgen auf dem Festival vertreten. Sabine Kacha von Amnesty Australia hielt einen tagesaktuellen, kritischen Vortrag unter dem Titel "Back to the Future: Stronger or Weaker Future for Aboriginal peoples in Australia's Northern Territory?" über die Northern Territory National Emergency Response und ihrem Nachfolger, die Stronger Futures Policy der Australischen Regierung. Ole Koelfen von der Amnesty Theko Menschenrechte und indigene Völker sprach zum Thema "The Common Law of the Indigenous People of Australia". Daneben standen Mitglieder von Amnesty International am 16. September 2012 an einem Stand in der Lounge des Kinos allen Interessenten für Fragen und Diskussionen zum Thema zur Verfügung.

Auch nächstes Jahr findet wieder im September die nunmehr dritte Ausgabe des Festivals statt. Wir hoffen, dass den Stimmen der indigenen Bevölkerung in Australien und Neuseeland auch dann wieder ein angemessenes Forum gegeben wird.

Susanne Lenz, Themenkategorie Menschenrechte und indigene Völker

LANDRECHTE DER INDIGENEN BEVÖLKERUNG AUSTRALIENS

Im Folgenden soll eine Zusammenfassung des Vortrags „Landrechte der indigenen Bevölkerung Australiens“ auf dem „Down Under Film Festival“ in Berlin am 16.9.2012 gegeben werden. Auf dem Festival in Berlin Kreuzberg wurden australische Kurz-, Spielfilme und Dokumentationen gezeigt. Die Amnesty-Gruppe „Menschenrecht und Indigene Völker“ war mit einem Stand und zwei Vorträgen vor Ort.

I. Grobe geschichtliche Einordnung

In Australien leben 22 Millionen Menschen, Schätzungen zufolge sind 3,5% davon indigen, wobei unklar ist, welche Kriterien diesen Schätzungen zugrunde liegen. Die „Aboriginal People“ kamen vor ca. 40-50.000 Jahren über die Landbrücke von Neuguinea auf den Kontinent und wiesen zum Zeitpunkt der ersten Kontakte mit Europäern eine Bevölkerungszahl von 500.000 – 1 Million auf. 1770 landete die Flotte von Captain Cook an der Ostküste, ab diesem Zeitpunkt kam es zunehmend zur Errichtung von Strafgefangenenlagern und Kolonien. Die Politik der Einwanderer betreffend der indigenen Bevölkerung im 18./19. Jahrhundert war von Ausrottung, Verdrängung und Rechtlosigkeit geprägt. Im frühen 20.

Jahrhundert wich diese Politik einer der strikten Rassentrennung. Man ging dazu über, Aboriginal People in Reservate umzusiedeln, die auf Landflächen angelegt wurden, die als „ökonomisch wenig ertragreich“ galten. Hierbei wurden weder Eigentumstitel übertragen, noch die bisherigen Lebensräume der Indigenen als Kriterium für deren Umsiedlung in Betracht gezogen. Mitte des 20. Jahrhunderts setzte man zunehmend auf Assimilation. Die indigene Bevölkerung sollte sich ohne Erhalt der eigenen kulturellen Identität in die weiße Gesellschaft einfügen. Dabei wurden tausenden indigenen Familien ihre Kinder entwendet, um diese auf christlichen Missionarsschulen zu erziehen. Zur gleichen Zeit kam es zur Entdeckung von Mineralien auf vielen zuvor als unproduktiv angesehenen Landstrichen, auf denen zum Teil die errichteten Reservate lagen. Die Vergabe von Konzessionen sowie die Verpachtung dieser von Aboriginal Peoples bewohnten Gebiete an Bergbauunternehmen sind ein Thema, das bis heute hohes Konfliktpotenzial in sich birgt.

II. Indigener Widerstand und Erfolge

In den 50er und 60er Jahren fanden eine zunehmende Vernetzung der indigenen Bevölkerung, sowie die Herausbildung von Bürger- und Landrechtsbewegungen statt. Gefordert wurden regelmäßig bessere Arbeitsbedingungen und die Übertragung von Land. Einige Beispiele für diese Initiativen sind die Bark Petition von 1963¹, sowie die Wave Mill Proteste 1966². Bekanntestes und auch heute noch existentes Aushängeschild für diese Bewegung wurde die „Aboriginal Tent Embassy“. Eine indigene Botschaft in Form eines Zelts wurde im Regierungsbezirk von Canberra errichtet, um den Anspruch der indigenen Bevölkerung auf Land zum Ausdruck zu bringen.

In den späten 60er und 70er Jahren kam es zu ersten rechtlichen Veränderungen betreffend der indigenen Bevölkerung. Artikel 51 und 127 der Verfassung von 1901, wonach „Aboriginal People“ keine australischen Staatsbürger seien, weshalb das Parlament sie betreffende Gesetze nicht erlassen dürfe, wurden per Referendum abgeschafft. Der Racial Discrimination Act wurde als Umsetzung einer internationalen Verpflichtung Australiens 1975 verabschiedet, damit war in der Theorie jede Ungleichbehandlung aufgrund der Rasse in Arbeitsverhältnissen verboten. Zudem wurden vermehrt Schritte unternommen, einer Lösung der Landrechtsproblematik näher zu kommen. In zahlreichen Bundesstaaten Australiens wurden unterschiedliche Institutionen geschaffen, die über die Rückgabe von Land entscheiden sollten. Eine nationale, für Gesamtaustralien gültige Regelung wurde nicht geschaffen.

1. Regelungen auf Ebene der States/Territories

An dieser Stelle wird beispielhaft der Aboriginal Land Rights Act des Northern Territory aus dem Jahre 1976 erläutert, war er doch eine der detailliertesten der unterschiedlichen regionalen Regelungen. Der Act sieht vor, dass Landrechtstitel an einen „Aboriginal Land Trust“ (Treuhandrat) übertragen werden. Dieser Rat setzt sich zum Teil aus direkt vom Gouverneur ernannten, zum Teil aus von indigenen Gruppen (Aboriginal Land Councils) gewählten Vertretern zusammen. An ihn wurden bis zu 50% des Northern Territory übertragen. Will eine indigene Gemeinde Anspruch auf Land geltend machen, so muss sie bei Treuhandrat nachweisen, dass das beanspruchte Land in ihrem „traditional ownership“ liegt. Traditioneller Eigentum setzt voraus, dass die Gemeinde eine spirituelle Zugehörigkeit zum Land hat, dass ihr auf diesem die traditionelle Nahrungsbeschaffung möglich ist und dass sie die Befugnis zu dessen Nutzung besitzt. Handelt es sich um Land, das bereits im privaten oder städtischen Besitz ist oder sonst öffentlichen Zwecken dient, so liegt eine Befugnis zur Nutzung nicht vor und ein Anspruch ist

¹ Um der Vergabe von Konzessionen zum Bauxitabbau an ein Schweizer Unternehmen entgegenzuwirken, wurde eine Petition auf einer Baumrinde verfasst und an das australische Parlament geschickt.

² Ein Zusammenschluss der Gurindji-Stämme im Northern Territory forderte bessere Arbeitsbedingungen für die Minenarbeiter und gesetzlich abgesicherte Löhne. Folge dieses Streiks wurde das „Outstanding-Movement“, weitreichende Besetzung traditionell angestammten Lands zwecks Wiederaufnahme ursprünglichen Lebensstils ohne zivilisatorische Hilfsmittel. Landesweit kam es zu ca. 150 dieser „Outstandings“.

ausgeschlossen. Im Falle einer Gewährung eines Anspruchs an eine indigene Gemeinschaft sind die Rechte an den Bodenschätzen auf diesem Land nicht davon umfasst.

Der ALRA des Northern Territories war eine der weitreichendsten der unterschiedlichen regionalen Regelungen, die sich eine Lösung der Landrechtsfrage zum Ziel gesetzt hatten. Kritisiert wurde an ihm vor allem, dass die Erlangung eines Landrechtstitels für indigene Gemeinden sehr langwierig, kostspielig und schwierig sei. Der Nachweis der spirituellen Verbundenheit sei zu schwer zu erbringen, auch sei das Kriterium des „traditional ownership“ häufig aus dem Grund unmöglich, dass indigene Gemeinden aufgrund der willkürlichen Reservatsregelungen der Regierung in der Vorzeit de facto die Verbindung zu ihrem traditionellen Land schon verloren hätten. Des Weiteren könne eine Übertragung von Land mit wirtschaftlichem Nutzen kaum erfolgen, da die Eigentumstitel an Bodenschätzen nicht übertragen werden.

2. Grundlegende Gerichtsentscheidungen und Änderungen mit Geltung für Gesamt-Australien

Erst 1993 kam es mit dem „Native Title Act“ zu einer Regelung, die die Landrechtsproblematik auf nationaler Ebene zu lösen versuchte. Der Act war das Resultat einer grundlegenden gerichtlichen Entscheidung des Supreme Court, deren Werdegang hier kurz dargestellt wird.

a. Milirrpum v. Nabalco 1971 – Negierung jedweder Landrechte

1971 noch hatte der Supreme Court of the Northern Territory festgestellt, dass das hiesige Recht keine Konstellation kennt, die der indigenen Bevölkerung aufgrund ihrer traditionellen Verbundenheit einen Anspruch auf Land zugesteht. Hintergrund der Entscheidung war die Klage einiger indigenen Gemeinden gegen die Verpachtung des von ihnen bewohnten Gebiets an das Bergbauunternehmen Nabalco.³ Diese Linie wurde auch von anderen Gerichten verfolgt.⁴

b. Mabo v. Queensland II (1992) – Abkehr von „Terra Nullius“

1992 erkannte erstmals ein australisches Gericht an, dass Australien vor Ankunft der Briten nicht „terra nullius“ (leeres, unbelebtes Gebiet) war. Das Urteil führte den „native title“ ein, einen Anspruch der indigenen Bevölkerung auf traditionell angestammtes Land. Hintergrund der Entscheidung war das Engagement Eddi Koiki Mabos. Dieser arbeitete als Gärtner an der Universität Townsville und bewegte sich zunehmend im akademischen Umfeld. Im Zuge einer Landrechtskonferenz erläuterte er das traditionelle Erbfolgesystem seiner Gemeinde auf Murray Island. Dass dieses Land der Regierung gehören solle, war für ihn unvorstellbar. Es kam zur Klage mit dem Begehren einer Feststellung eines Eigentumstitels der indigenen Bevölkerung an diesem Land. Nach 10 Jahren und zwischenzeitigem Tod Mabos fällte der High Court sein Urteil. Demnach erlangte die britische Krone mit der Souveränität über den gesamten australischen Kontinent nicht direkt auch das Eigentum an diesem, sondern lediglich ein Anwartschaftsrecht auf das Eigentum („radical title“). Auf dem „radical title“ der Krone laste der „native title“ der indigenen Bevölkerung. Lässt sich nachweisen, dass eine Gemeinschaft traditionell mit einem Stück Land verbunden ist, dass sie es fortwährend bewohnt und bewirtschaftet hat, so besteht ein „native title“. Die Entscheidung hatte zur Folge, dass mit dem „Native Title Act“ eine Institution geschaffen wurde, die für die Vergabe von „native title“ in Gesamtaustralien zuständig ist.⁵

³ 1963 hatten diese Gemeinden noch mit der „Bark Petition“ auf ihre Belange aufmerksam gemacht. Die Regierung verpachtete dessen ungeachtet das Land an Nabalco zum Abbau von Bauxit.

⁴ Vgl. Coe V. Commonwealth 1979; Koowarta v. Bjelke Petersen 1982.

⁵ Zu näheren Informationen zum Native Title Tribunal vgl. <http://www.nntt.gov.au/Pages/default.aspx>.

3. Status-Quo und Kritik

Das „Native Title Tribunal“ entscheidet über die Anträge auf Gewährung eines indigenen Anspruch auf Land. Voraussetzung für die Gewährung eines solchen Landrechtstitels sind indigene Abstammung, Selbstidentifikation als indigen sowie die Akzeptanz durch eine indigene Gemeinschaft. Des Weiteren muss der Nachweis über die kontinuierliche Landnutzung seit Beginn der Kolonialisierung erfolgen. Kritisiert wird an dieser Regelung nicht nur letztere Anforderung, welche in der Praxis sehr schwer zu erfüllen ist. Auch das Institut des „native title“ grundsätzlich wird kritisiert. Dieser kann nur gewährt werden, wenn das betreffende Land unbenutzt und öffentlich ist, wurde es in der Vergangenheit verkauft, so erlischt er. Auch kritisieren Organisationen fortwährend die langwierige Dauer der Verfahren und die geringen Erfolgsaussichten. In der jüngeren Vergangenheit hat sich mit den „Indigenous Land Use Agreements (ILUA)“ auch ein weiteres, weniger aufwendiges Institut entwickelt. ILUAs sind Einigungen zwischen indigenen Gemeinden mit den lokalen Behörden über die Nutzung von Wasser und Land. Parallel zum komplizierten Anspruchsverfahren auf Erteilung eines „native title“ weisen die ILUAs einen weiteren Ansatz auf, die Landrechtsproblematik zu lösen, ohne dabei die schwierige Frage der Übertragung von Eigentum zu stellen.

III. Überblick

Aufgrund der zunehmenden Mobilisierung der indigenen Bevölkerung sowie internationaler Verpflichtungen des Landes kam es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, fast 200 Jahre nach Errichtung der ersten europäischen Siedlungen, zu ersten Änderungen bezüglich der Rechte Indigener. Dabei wurde auf unterschiedlichen Wegen versucht, eine Lösung für die Landrechtsfrage zu finden. Mit dem „native title“ entstand als Resultat dieser Entwicklung ein Rechtsinstitut, durch das der traditionellen Verbundenheit indigener Völker mit dem von ihnen bewohnten Landes Rechnung zu tragen versucht wird. Auch im Falle einer Anerkennung eines „native title“ aber wird einer indigenen Gemeinschaft nur ein zweitrangiger Status gewährt. Im Zweifel überwiegen die Interessen des Staats, beispielsweise beim Abbau von Rohstoffen. In einem weiteren Kontext gesehen stellt sich fortwährend die Frage, in wie weit innerhalb einer westlichen Rechtsordnung überhaupt ein Anspruchstitel geschaffen werden kann, der einem Ausgleich des kolonialen Unrechts auch nur annähernd nahekommen kann.

Ole Kölfen, Themenkategorie Menschenrechte und indigene Völker

ZUKUNFT FÜR UREINWOHNER IN AUSTRALIENS NORTHERN TERRITORY – FORTSCHRITT ODER RÜCKSCHRITT?

Kurzsynopsis

Seit 2007 leben viele Ureinwohner im Northern Territory unter der „NT Intervention“ und unter der damit einhergehenden massiven Verletzung ihrer Menschenrechte. Ende Juni dieses Jahres wurde eine neue Gesetzgebung „Stronger Futures“ (Stärkere Zukunft) beschlossen. Ist diese Zukunft wirklich besser oder bedeuten diese Maßnahmen einen Rückschritt?

Einleitung

Ich widme diese Rede den Ureinwohnern, deren Menschenrechte seit der Kolonialisierung 1788 massiv verletzt wurden und immer noch werden. Sie werden bis heute nicht akzeptiert, respektiert und nicht als gleichwertig behandelt.

Die Ureinwohnerkultur Australiens ist die älteste lebende Kultur der Welt. Das Land ist von größter Bedeutung für die Ureinwohner. Sie glauben, dass sie zum Land gehören und das Konzept, dass jemand Eigentum an einem Stück Land hat, ist ihnen fremd. Gemäß ihrer Tradition hatten sie die Verpflichtung, sich um das Land zu kümmern, und sie nahmen nur so viele Nahrungsmittel und andere Materialien wie sie unmittelbar zum Leben benötigten. Damit stellten sie sicher, dass die Natur sich wieder regenerieren konnte. Alle materiellen Dinge wurden innerhalb der Gruppen geteilt. Ein Statement von Stammesältesten der Ureinwohner an das Volk von Australien vom 7. Februar 2011 drückt ihre Beziehung zum Land sehr gut aus:

„Wir sind das Volk des Landes. Das Land ist unsere Mutter. Seit mehr als 40.000 Jahren haben wir uns um das Land gekümmert. Wir sind seine natürlichen Farmer.“

Vor der Kolonisierung hatten die Ureinwohner mehrere hundert verschiedene Sprachen und Dialekte. Es gab unterschiedliche Gruppen mit verschiedenen Kulturen. Neben den Unterschieden gab es natürlich auch Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten – z. B. im spirituellen Bereich: Die verschiedenen Geschichten der Traumzeit (d.h. von der Entstehung der Welt) weisen große Ähnlichkeiten auf. Um die Kultur und Identität der Ureinwohner aufrechtzuerhalten und zu schützen, ist es u. a. notwendig, die traditionellen Sprachen und kulturelles Wissen zu bewahren und an zukünftige Generationen weiterzugeben.

1770 nahm Kapitän James Cook die Ostküste von Australien für den König von Großbritannien in Besitz. James Cook hatte Anweisungen, Australien entweder mit der Zustimmung der Eingeborenen in Besitz zu nehmen, oder wenn das Land unbewohnt war, das Land als Entdecker in Besitz zu nehmen. Cook beschloss, Australien ohne die Zustimmung der Ureinwohner in Besitz zu nehmen, da er die Ureinwohner für primitiv und nomadisch hielt, und annahm, dass sie keinerlei Konzept von Besitz kennen. Diese Sichtweise wurde später zur Doktrin „Terra Nullius“, also dem unbewohnten Land, das niemandem gehört.

Im Grunde genommen führte diese Vorgehensweise dazu, dass die Existenz der Ureinwohner komplett ignoriert wurde. In späteren Zeiten (als man ihre Existenz nicht mehr komplett ignorieren konnte), wurden sie als aussterbende Rasse behandelt, so dass sie praktisch weiterhin ignoriert wurden. Australien ist die einzige Demokratie der westlichen Welt die kein Abkommen mit den Ureinwohnern des Landes hat.

1788 begann die europäische Besiedlung. Die Einwanderer wurden zu einer Bedrohung für das Überleben der Ureinwohner, da mit dem Vordringen der weißen Siedler in ihre Gebiete die natürlichen Nahrungsressourcen immer spärlicher wurden. Es war ein ziemlich krasser Aufprall zwei so verschiedener Kulturen. Die Ureinwohner hatten das Konzept des Geben und Nehmens, während die weißen Siedler ihr wertvolles Land genommen hatten ohne ihnen etwas zurückzugeben oder ihre Nahrungsmittel mit den Ureinwohnern zu teilen. Die Einwanderer brachten Krankheiten wie Windpocken an welchen tausende von Ureinwohner starben. Verschiedene Religionen versuchten, die Ureinwohner, die ihre Spiritualität und ihre Existenz im Land, ihrer Umwelt und Traumzeitideologien fanden, zu missionieren. Rassismus hat die australische Gesellschaft seit der Kolonialisierung durchdrungen. Ureinwohner wurden massakriert wie z. B. selbst noch in 1928, dem Coniston Massaker im Northern Territory. Sie wurden enteignet und genozide Gesetze und Regelungen wurden eingeführt.

Ein weiteres gravierendes Beispiel für die Auswirkungen der Besiedlung auf die Ureinwohner sind die Gestohlenen Generationen (gestohlene Kinder), welche offiziell bis zum Anfang der 1970er Jahre andauerten und zu Traumata, die sich über mehrere Generationen erstrecken, führten.

1901 wurde der heutige Staat Australien gegründet. Dabei wurden Ureinwohner systematisch ausgeschlossen. Die Ureinwohner waren keine australischen Bürger, sondern hatten rechtlich denselben Status wie Flora oder Fauna. Erst 1967 wurde dieser Zustand geändert – eine Verfassungsänderung machte die Ureinwohner zu Bürgern Australiens und gab ihnen z. B. die Freiheit, sich an beliebigen Stellen im Land niederzulassen. In der Folge kehrten Anfang viele Ureinwohner in ihre traditionellen Gebiete zurück und gründeten dort kleine und kleinste Siedlungen bzw. Niederlassungen. Diese Siedlungen werden Homelands oder Outstations genannt.

1992 wurde in einer Entscheidung des höchsten australischen Gerichtes das Konzept von „Terra Nullius“ – also des unbewohnten Landes, das niemandem gehört - aufgehoben. Mit dieser Entscheidung – auch als Mabo-Urteil bekannt – wurde erstmalig anerkannt, dass die Ureinwohner ursprünglich Land besessen hatten.

Die letzte Region die kolonisiert wurde, war Nordaustralien. In diesem Teil Australiens leben auch heute noch viele Ureinwohner in oftmals entlegenen Gebieten auf relativ traditionelle Art. Daher wird Nordaustralien seit längerem als die letzte Bastion ‚traditioneller‘ Ureinwohnerkulturen angesehen. In anderen Teilen Australiens versuchen viele Ureinwohner, die noch vorhandenen Teile ihrer traditionellen Kultur zu bewahren und/oder wiederzuerlangen, z. B. durch Wiederbelebung ausgestorbener oder vom Aussterben bedrohter Sprachen.

Es gibt ca. 500 Homelands im Northern Territory. Rund 30 % der Ureinwohnerbevölkerung des Northern Territory leben in diesen Homelands. Dort sind die Ureinwohner in der Lage ihre tiefe spirituelle und wirtschaftliche Bindung zum Land sowie ihre Kultur und Sprache aufrecht zu erhalten. Im Allgemeinen leben die Ureinwohner länger und gesünder auf den Homelands. Ein weiterer Vorteil ist, dass die Ureinwohner auf den Homelands ein gewisses Maß an Eigenständigkeit besitzen. Die Homelands bilden außerdem einen zentralen Bestandteil der Tourismus Industrie im Northern Territory, zu der sie \$ 775 Millionen pro Jahr beitragen, das sind ca. 5,8 % des Bruttosozialproduktes des Northern Territory. Amnesty International Australia hat im Anschluss an eine dreijährige Untersuchung der Homelands den sehr wichtigen Bericht über die Rolle und Bedeutung der Homelands **„The Land Holds Us“** herausgebracht.

Im Jahre 2007 wurde ein Abkommen zwischen der Bundesregierung und der Regierung des Northern Territory geschlossen, worin festgelegt wurde, dass die Bundesregierung keinerlei Gelder für dringend benötigte Häuser auf den Homelands zur Verfügung stellt. Es wurde vereinbart, lediglich \$ 20 Millionen für die Erhaltung der notwendigen Dienstleistungen und Infrastruktur bereitzustellen. Im Mai 2009 wurde die „Working Future“ Politik, also die „Funktionierende Zukunft“ für Homelands von der Regierung des Northern Territory angekündigt. Zentraler Bestandteil dieser Politik ist es, Ureinwohner von den Homelands in 20 „Hub Towns“ oder „Growth Towns“ zu zentralisieren. In den Medien wurde berichtet, dass 2010 die Regierung im Northern Territory \$ 1,7 Milliarden für die Städte ausgegeben hat, und nur ca. \$ 7 Millionen für die abgelegenen Homelands. In den Städten wohnt weniger als ein Viertel der Bevölkerung, in den Homelands wohnt dagegen fast ein Drittel der Bevölkerung. Für die Homelands steht also pro Kopf dramatisch weniger Geld als für die Städte zur Verfügung.

Rede zum Australian Filmfestival Berlin 2013

Im Fernsehen wurde 2006 behauptet, dass sexueller Kindesmissbrauch und häusliche Gewalt in Ureinwohnergebieten im Norden Australiens weit verbreitet seien. Dieses ging sogar so weit, dass der Minister, der für Ureinwohnerangelegenheiten zuständig war, in der Öffentlichkeit sagte, dass es in jeder Gemeinschaft dort Pädophilen Ringe gebe und das allen bekannt wäre, wer diese Ringe betreibt. Es handelt sich hierbei um eine sehr schwerwiegende Anschuldigung, die auch viele der Ureinwohner zutiefst verletzte. Trotz der angeblich vorhandenen Beweise und jahrelanger intensivster kriminalpolizeilicher Untersuchung wurde kein einziger Pädophilen Ring gefunden. Obwohl diese Anschuldigungen offensichtlich falsch sind, wurden sie in der Öffentlichkeit bis heute nicht zurückgenommen. Lediglich in einem Punkt musste der zuständige Minister unmittelbar nach Veröffentlichung der Vorwürfe zurückrudern: Er hatte gesagt, dass jedem bekannt sei, wer diese Pädophilen Ringe betreibt. Er wurde gefragt, warum diese Betreiber denn nicht verhaftet werden. Daraufhin musste er zugeben, dass die Betreiber nicht bekannt waren. Obwohl damit offensichtlich war, dass zumindest ein Teil seiner Aussagen falsch war, wurden seine restlichen Aussagen nicht kritisch untersucht, sondern weiter verbreitet.

2007 wurde ein Bericht der Regierung des Northern Territory – „Ampe Akelyernemane Meke Mekarle“, oder „Kleine Kinder sind Heilig“ veröffentlicht. Dieser Bericht enthielt eigentlich nichts Besonderes oder Neues, ähnliche Berichte hatte es schon seit Jahrzehnten gegeben. Dennoch wurde dieser Bericht von der damaligen Bundesregierung unter John Howard zum Anlass genommen, einen „nationalen Notstand“ im Northern Territory auszurufen. Im August 2007 wurde unter dem Vorwand „die Kinder zu retten“ ein Gesetz mit dem Namen „Northern Territory Emergency Response“, also „Northern Territory Notstands-Antwort“ verabschiedet. Dieses Gesetz ist im Allgemeinen unter dem Namen „NT Intervention“ (oder auch nur „Intervention“) bekannt. Das Gesetz umfasst ca. 500 Seiten, die angeblich innerhalb von 48 Stunden geschrieben wurden. Es ist interessant anzumerken, dass in dem Gesetz, welches angeblich den Schutz von Kindern zum Ziel hat, das Wort „Kind“ oder „Kinder“ kein einziges mal vorkommt. Es gibt Spekulationen, dass dieses Gesetz in Wirklichkeit ein Versuch war, den drohenden Machtverlust bei den unmittelbar bevorstehenden Parlamentswahlen zu verhindern.

In der Folge des Gesetzes wurde die Armee in die betroffenen Gebiete ins Northern Territory entsandt. Neben der offensichtlich abschreckenden und teilweise angsteinjagenden Wirkung dieser Maßnahme gibt es jedoch auch eine amüsante Anekdote zu berichten:

In einer Gemeinde wurde das Militär von Ureinwohnern gefragt, was sie denn hier wollten. Sie antworteten, dass wüssten sie selbst nicht. Der Vorschlag, wieder nach Hause zu fahren und erst dann zurückzukommen, wenn das Ziel des Einsatzes bekannt sei, wurde natürlich ignoriert.

Die NT Intervention gab der Regierung sehr weitgehende Rechte, die z.T. massiv in die Rechte der Ureinwohner eingriffen und sie stärker zu kontrollieren bzw. sie zu entmachten.

Die NT Intervention betraf 73 ausgewählte Gebiete im Northern Territory, und die wesentlichen Maßnahmen sind:

- „Income Management“ (Verwaltung von Einkommen): 50 % der Sozialhilfeszahlungen wurden nicht mehr in bar ausgezahlt, sondern sind in Form einer Art Geld-Karte (BasicsCard) verfügbar. Mit dieser Karte kann nur in Geschäften, die von der Regierung genehmigt wurden und für genau ausgewählte Güter bezahlt werden. Teilweise ist das nächste verfügbare Geschäft einige hundert Kilometer entfernt, und die Verwaltung des Guthabens auf dieser Karte funktioniert so schlecht, dass sowohl Ureinwohner als auch die Geschäfte massive Probleme damit haben. In den Geschäften wurde eine separate Schlange für die Benutzer der BasicsCard gebildet, was die Ureinwohner als demütigend und beschämend empfanden.

- In jeder Gemeinde wurde ein von der Regierung bestellter Geschäftsführer (Government Business Manager) eingesetzt, der die Kontrolle über alle vorhandenen Ressourcen übernahm.
- Land wurde ohne Zustimmung der Eigentümer für 5 Jahre gegen eine geringe Entschädigung (Miete) in Besitz genommen
- Alkohol und Pornographie wurden verboten; es wurden riesige Schilder aufgestellt, die auf die Verbote hinwiesen. Diese Schilder brachten neben einer Art Getto-Wirkung das Problem, dass die Ureinwohner teilweise ihren Kindern erklären mussten, was Pornographie ist.
- Das „Permit system“, d.h. das Einholen von Genehmigung zum Betreten von Land, welches den Ureinwohnern gehört, wurde aufgehoben

An dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, dass der vorgebliche Zweck der NT Intervention der Schutz von Kindern war. Welche dieser Maßnahmen hilft Kindern?

Pat Anderson, eine der Ko-Autoren des „Kleine Kinder sind Heilig“ Berichtes, welcher zum Anlass für die NT Intervention genommen wurde, bemerkte, dass es keine Beziehung zwischen den Maßnahmen der Regierung und den Empfehlungen des Berichtes gab. Es gab sehr starke Proteste gegen die NT Intervention, u.a. auch von den betroffenen Ureinwohnern.

Gegner der Intervention wurden als Befürworter von Kindesmissbrauch dargestellt. Ein Jahr später, im Jahre 2008, beauftragte die Regierung eine Gruppe von Experten mit einer umfangreichen Untersuchung der Intervention. Der Bericht dieser Gruppe empfahl größere Änderungen. Die Vereinten Nationen übten massive Kritik an der Intervention, z.B. anlässlich des Besuches von James Anaya (spezieller Berichterstatter der UNO für Rechte Indigener Völker) in 2009 und Navi Pillay (UNO Menschenrechtshochkommissarin) in 2011. James Anaya äußerte z.B. die Ansicht, dass die NT Intervention nicht mit verschiedenen internationalen Abkommen vereinbar ist, denen Australien beigetreten ist. All diese Kritik – einschließlich der Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Experten Gruppe – wurde von der Regierung ignoriert, ohne dass dafür gute Gründe angegeben wurden.

Ein weiterer Teil der Maßnahmen der NT Intervention war die Suspendierung des Rassendiskriminierungsgesetzes (RDA), eines Gesetzes, welches die Diskriminierung einzelner Gruppen aufgrund von Rasse oder anderen Kriterien verbietet. Die Aufhebung des RDAs wurde ebenfalls massiv kritisiert. Um dieser Kritik zu begegnen, wurde der RDA Ende 2010 wieder in Kraft gesetzt – allerdings mittels juristischer Spitzfindigkeiten so, dass die Maßnahmen der NT Intervention von dem RDA kaum erfasst wurden.

Dieser Teil hatte ursprünglich den folgenden Paragraphen ersetzt:

Dazu wurden die Maßnahmen der NT Intervention als „special measures“ (spezielle Maßnahmen) deklariert. Sie erlauben unter strengen Auflagen und in engen Grenzen die Bevorzugung einer Gruppe gegenüber einer anderen, also eine positive Diskriminierung. Ein (theoretisches) Beispiel für eine spezielle Maßnahme: Um den niedrigen Frauenanteil in einem bestimmten Bereich zu erhöhen, werden bei Bewerbungen auf offene Stellen Frauen bei gleicher Qualifikation gegenüber Männern bevorzugt. Eine der zentralen Bedingungen für eine spezielle Maßnahme ist „free, prior and informed consent“, also die freiwillige, vorherige und sachkundige Zustimmung der Betroffenen. Um diese Zustimmung zu erhalten, führte die Regierung im Jahre 2009 eine Anhörung der Ureinwohner durch. Die Durchführung dieser Anhörung wurde als vollkommen untauglich kritisiert, u. a. weil die Anhörungen kurzfristig, d. h. ohne ausreichende Zeit zur Vorbereitung für die Ureinwohner durchgeführt wurden. Weiterhin wurden die Anhörungen von Regierungsmitarbeitern anhand eines vorgegebenen Vortrags, der die Vorteile der Intervention darstellt, durchgeführt. Die Regierung veröffentlichte als Ergebnis dieser Anhörung eine weitgehende Zustimmung der Ureinwohner zu den Maßnahmen der Intervention. Diese Ergebnisse

stehen im krassen Gegensatz zu unabhängigen Mitschriften einiger dieser Anhörungen, die u. a. in dem Buch „This Is What We Said“ (Dies ist was wir sagten) zu finden sind.

Als Teil dieser juristischen Tricks führte die Regierung im Jahre 2009 eine Anhörung der Ureinwohner durch. Die Durchführung dieser Anhörung wurde als vollkommen untauglich kritisiert, u. a. weil die Anhörungen kurzfristig, d. h. ohne ausreichende Zeit zur Vorbereitung für die Ureinwohner durchgeführt wurden. Weiterhin wurden die Anhörungen von Regierungsmitarbeitern anhand eines vorgegebenen Vortrags, der die Vorteile der Intervention darstellt, durchgeführt. Die Regierung veröffentlichte als Ergebnis dieser Anhörung eine weitgehende Zustimmung der Ureinwohner zu den Maßnahmen der Intervention. Diese Ergebnisse stehen im krassen Gegensatz zu unabhängigen Mitschriften einiger dieser Anhörungen, die u.a. in dem Buch „**This Is What We Said**“ (Dies ist, was wir sagten) zu finden sind.

Die NT Intervention hat einen katastrophalen Einfluss auf das Leben und die Rechte der Ureinwohner. Bei der Ankündigung der Intervention gab es viel Propaganda in den Medien: alle Ureinwohner wurden als „Pädophile“ und Kindesschänder dargestellt. In einer sehr emotionalen Erklärung forderten einige Stammesälteste, dem Alptraum der NT Intervention ein Ende zu bereiten:

„Durch die Intervention haben wir unsere Rechte als menschliche Wesen, als australische Bürger, als die ersten Menschen des Landes verloren. Wir fühlen sehr stark die Bedrohung unserer Sprachen, unserer Kultur und unseres Erbes. ... helfen Sie den Alptraum zu beenden, den die Ureinwohner des Nord Territoriums täglich erleiden“. Eine andere von Ureinwohnern am 4 November 2011 verfasste Stellungnahme beinhaltet auch ihre Frustration über die Intervention: *„Wir werden eine Verlängerung der Intervention Gesetzgebung nicht unterstützen ... Vielmehr fordern wir eine aufrichtige Entschuldigung von der Regierung für den Schmerz, Peinlichkeit, Scham und Stigma. ... Wir haben die Nase voll. Wir brauchen unsere Unabhängigkeit, um unsere Leben zu leben und unsere Zukunft ohne die stetige Unterdrückung und Bedrohung....., zu planen“.* All diese Aufrufe und Proteste von Ureinwohnern sowie von Gruppen und Organisationen, die sich für Menschenrechte der Ureinwohner einsetzen, fielen bei der Regierung leider auf taube Ohren.

Im Laufe der Zeit versuchte die Regierung mit wachsender Verzweiflung, Erfolge der NT Intervention nachzuweisen. Da aber fast alle Statistiken eine Verschlechterung der Situation belegten, musste die Regierung letztendlich eingestehen, dass die NT Intervention nicht so funktionierte, wie sie sollte.

Bedauerlicherweise wurde dieses Eingeständnis nicht von Einsicht begleitet, es in Zukunft besser zu machen, sondern die gleiche – bereits gescheiterte – Politik wurde unter einem neuen Namen fortgesetzt.

Die Maßnahmen der NT Intervention waren auf 5 Jahre begrenzt. Vor dem Ablauf dieser Frist begann die Regierung mit der Arbeit an einer Nachfolgeregelung – unter dem irreführenden Namen „Stronger Futures“, also „stärkere Zukunft“. Zur Vorbereitung wurden wiederum Anhörungen der Ureinwohner durchgeführt. Diese Anhörungen wurden erneut massiv kritisiert – im Vergleich zu den vorherigen Anhörungen hatte sich kaum etwas verbessert; insbesondere gab es erneut eine extreme Diskrepanz zwischen den von der Regierung vorgelegten Ergebnissen und unabhängigen Untersuchungen der Anhörungen – siehe das Buch „**Northern Territory Consultations Report 2011: By Quotations**“.

Kurz nach Abschluss der Anhörungen wurde ein umfangreiches Gesetzeswerk vorgelegt, welches die wesentlichen Maßnahmen der NT Intervention für 10 weitere Jahre festschreibt. Nachdem dieses Gesetzeswerk in den Gesetzgebungsprozess eingebracht wurde, beschloss der Senat (die zweite Kammer des Parlamentes) eine genauere Untersuchung des Gesetzes unter Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen.

Die Zeitspanne für Eingaben an das Komitee war über die Weihnachtszeit bis Anfang Februar, also während des australischen Hochsommers und der Haupt-Urlaubszeit. Trotz dieser sehr ungünstigen Zeit wurden über 450 Eingaben an das Senatskomitee eingereicht. Das Gesetz wurde im Parlament ohne Beratung verabschiedet, bevor die Untersuchung im Senat abgeschlossen war. Nach der Verabschiedung des Gesetzes im Senat weigerte sich die Regierung, das Gesetz einem kurz zuvor eingeführten Parlamentsausschuss für Menschenrechte vorzulegen, der die Übereinstimmung von Gesetzen mit den Menschenrechten überprüfen sollte.

Die wesentlichen Kritik-Punkte der Ureinwohner an der „Stronger Futures“ Gesetzgebung sind:

- Die Bedeutung, die Land, Sprache und Kultur für Ureinwohner haben, wird nicht anerkannt
- Die Regierung ignoriert die Meinung der Ureinwohner und behandelt sie als Problem, das gelöst werden muss
- Nach Ansicht der Regierung besteht die einzig mögliche Lösung des Problems darin, dass sich die Ureinwohner ändern – d.h. ihre Kultur aufgeben und sich der dominierenden „Weißen“ Kultur anpassen
- Das Aushöhlen von Menschenrechten und die Wegnahme des Rechtes, selbst über das eigene Leben bestimmen zu können, führt zu Verzweiflung und zu einer Verschlimmerung der Situation, nicht zu ihrer Verbesserung

Der Ureinwohner Dr Djiniyini Gondarra ist einer von vielen, der die neue Gesetzgebung verurteilt: *„Es ist der selbe Ansatz (wie die NT Intervention), und dieselbe Kontrolle, die selbe Art und Weise zu versuchen Ureinwohner zu entmenslichen, indem weggenommen wird, was ihnen gehört.“* Die Yolngu Nationen Versammlung und die Alyawaar Nation veröffentlichten ein Schreiben, indem sie einen Tag der Trauer ankündigen, wenn die „Stronger Futures“ als Gesetz verabschiedet werden sollten. *„Für diejenigen unter uns, die im Northern Territory leben, ist die Pein der letzten fünf Jahre der Intervention fast unerträglich. Viele haben einfach die Hoffnung aufgegeben. ... Ureinwohner des Northern Territory werden niemals ihre Rechte aufgeben – ihr Recht in wirklicher Sicherheit zu leben mit der Gewissheit, dass ihre Kultur und ihre Sprache und ihr Gesetz geschützt und respektiert wird, wie es unter internationalem Gesetz und unter den Konventionen, denen Australien beigetreten ist, es gibt.“*

Abschluss

Zusätzlich zu der „Working Future“, also der „funktionierenden Zukunft“ von 2009 gibt es jetzt die „Stronger Futures“, also die „stärkere Zukunft“, die nun wohl für die nächsten 10 Jahre das Leben der Ureinwohner im Norden Australiens bestimmt. Bei so vielen so schönen Namen – müssen da die Zukunftsaussichten für die Ureinwohner nicht rosig sein? Leider nein - die Aussichten sind eher trübe. Es gibt nach wie vor große Probleme – u.a. im Bereich Gesundheit, Erziehung, Wohnen und Arbeit. Um diese Probleme zu lösen, hat die Regierung die Ureinwohner bevormundet und kontrolliert. Da dieser Ansatz in der Vergangenheit nicht funktioniert hat, ist es sehr unwahrscheinlich, dass dieser Ansatz mit noch verstärkten Kontrollen in Zukunft funktionieren wird. Wie zuvor schon von einem Ureinwohner (Graeme Mundine) zitiert „Es geht nur durch das Befähigen der Menschen zu träumen und ihre eigenen Zukünfte zu kreieren, dass wir irgendeine Verbesserung der Situation im Northern Territory sehen.“ Es steht zu befürchten, dass die traditionelle Kultur und Lebensweise der Ureinwohner unter noch stärkeren Druck gerät und letztendlich ganz oder teilweise zerstört wird. Es bleibt nur zu hoffen, dass die Regierung eines Tages ihre Politik ändert und anfängt, die vorhandenen Probleme in Zusammenarbeit mit den Ureinwohnern zu lösen.

Sabine Kacha, Amnesty Aualien

Yolŋuw Makarr Dhuni
 Miwatj, Laynha, Raminy, Marthakal, Garriny, Gumurr-Rawarraŋ, Gattjirrik, Miḏiyirrk
Yolŋuw Makarr Dhuni (Yolŋu Nations Assembly)
Statement from the second assembly,

Maningrida: October 11th – 13th, 2012.

Yolŋuw Makarr Dhuni represents the people of 8 nations in the Western, Central and East Arnhem Land areas of the Northern Territory:

Miwatj, Laynha, Raminy, Marthakal, Garriny, Gumurr-
 Rawarraŋ, Gattjirrik and Miḏiyirrk

SHIRES AND COMMUNITY GOVERNANCE:

We want our community council's back and our assets returned. We call for an end to the Super Shires model of community governance, and we want the Northern Territory Government to act on this quickly and in real consultation with landowners and clan leaders in each community.

We want genuine empowerment and the jobs we used to have when we were responsible for delivery of our own local services. These are our communities and we want to proudly take ownership of them and nourish them for the future.

HOMELANDS AND THE "HUB TOWNS" MODEL:

We want equal funding for all communities, whether they are small homelands or bigger ex-mission towns. We want the "National Partnership Agreement on Remote Indigenous Service Delivery" that underpins the hub-town model to be scrapped.

All communities are viable, when they are given the funding to grow and develop. Homelands have been neglected for decades, and they must not be thrown aside. These communities are not "just fishing camps", they are home to a third of all Aboriginal people in the Northern Territory. Our children grow up healthier, stronger and more confident in homeland communities when they live on country that is related to them through Yolŋu law.

HOUSING AND LEASES:

We want housing for all communities, including homelands. We want the requirement of leases for housing to be withdrawn. We will refuse to sign these leases and we will encourage others to do the same.

The requirement of leases is an attack on our land rights and acts like blackmail. The same is true for leases for the Shires. We want to have local, community run organisations to build and maintain housing assets and to be responsible for community governance.

Yolngu Makarr Dhuni

Miwatj, Laynha, Raminy, Marthakal, Garriny, Gumurr-Rawarran, Gattjirrik, Midiyirrk

We want people from the community to have the jobs that are associated with this. We can learn on the job and our young people would be proud to be part of an organisation run by the community, for the community.

STRONGER FUTURES:

We want self-determination. We want democracy. We want the power of the people in Arnhem Land and in all Aboriginal communities to be recognised and our rights respected.

We want the Intervention to be thrown out, and we want the Northern Territory Government to lobby the Federal Government on our behalf. The Federal Government must start to listen to the voices on the ground. No more deception, no more lies, we want the Intervention out now and self-determination to be taken seriously.

We never consented to this law, and we were never asked if we wanted the continuation and extension of these laws under the deceptively named "Stronger Futures" Act. We will not tolerate this bullying and it is no way to treat human beings. We are being led around like dogs on a lead with the Basic Card, compulsory acquisition of our land, police coming into our houses without a warrant, and having our law disqualified from recognition or consideration in court.

All this was done and continues to be done under the lie that we are hiding pedophiles and that child abuse comes from our culture. This is disrespectful, slanderous and fundamentally untrue. It is undermining our law, our culture and our whole identity. All this so Government can get legitimacy for taking over our communities.

We demand an apology from the Federal Government.

We have our own system of law to prevent disagreements from escalating. We keep peace and order through good governance and we have very serious and consistent ways of teaching respect and discipline to all our young people. We have ways of dealing with people who have broken the law that means they are not a threat to the community while they are taught responsibility and maturity. These processes are being eroded through community disempowerment and Government attacks on our legitimacy as leaders and our society as a whole.

CHILD NEGLECT:

We want genuine input into the policies that affect our children's lives.

We acknowledge that neglect sometimes happens, but it is not a simple issue of unruly children or negligent parents. Our people are suffering from a deep collective depression due to disempowerment. Our kids can't see a vision of their own future. Their strong role model old people no longer have waged positions through CDEP and nearly everyone is on welfare with the Basics Card.

Since the intervention and the ban on bilingual education, school attendance has dropped because Yolngu children don't have a familiar school environment, and they don't see the point in going when all the jobs have gone.

Yolngu Makarr Dhuni

Miwatj, Laynha, Raminy, Marthakal, Garriny, Gumurr-Rawarraṅ, Gattjirrik, Midiyirrk

This depression is leading to devastation. The self-harm and suicide rate is 5 times higher than before the intervention. These are our children that are paying with their lives for the false accusations and assimilationist policies.

This is a pressing issue and it is us more than anyone that want our children to be safe. We need genuine empowerment to come up with the solutions and to be able to work with children's and family service providers.

ALCOHOL:

Many of our communities were self-nominated dry communities for decades before the Intervention. We refuse to be collectively branded as having problems with alcohol abuse because it was our decision to be alcohol free and we enforce that.

A few communities decided to introduce various permit systems that regulate the amount, the strength, and the regularity of alcohol that permit holders are allowed to purchase. People who are found to be abusing this system have their permits taken from them. Our dry areas and alcohol permit systems must stay, this is the responsible will of our people.

EDUCATION:

We want bilingual education to be promoted as the successful program that it was. We want to be able to have independent schools in homelands and larger communities where local law holders, clan leaders and family old people can have influence over curriculum development and school structures.

We will be able to address school attendance through communities feeling genuine ownership of schools and the education process. Punishing parents by removing their welfare payments because their children miss a day per week of school will only isolate families from the education system and will mean that those kids have no food to eat.

RELATIONSHIP WITH NT GOVERNMENT AND POLICE:

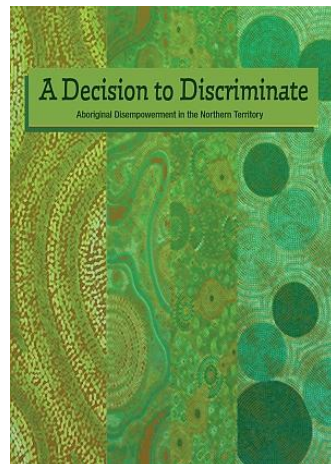
The Northern Territory Government must fundamentally recognize the existence of our Maḏayin System of Law.

Our law has always kept the peace in our communities and has always dealt with people that break the law. Maḏayin Law holders are the right people to be dealing with issues in the community because it is based on concepts that the whole community understand and acknowledges.

Our law is no longer recognised in Court and this not only creates serious problems in the community, it also prevents respected people from dealing with those problems.

All police that work in our communities must go through more thorough cultural training to understand the way our law works, and the complexities of clan relations in mission towns, where many clans have historically been pushed into foreign country. There should be local "middle police" that work with NT police so that we can work together to deal with issues in our communities and so police do not seriously offend and damage relationships.

“A DECISION TO DISCRIMINATE: ABORIGINAL DISEMPOWERMENT IN THE NORTHERN TERRITORY”



Published by
'Concerned Australians'

October 2012

www.concernedaustralians.com.au

“A Decision to Discriminate” is a new book by ‘concerned Australians’ which demonstrates how our democratic processes failed Aboriginal peoples of the Northern Territory.

On June 29th the Stronger Futures legislation package was passed imposing discriminatory and unjust legislation on Aboriginal peoples of the Northern Territory, effectively extending the failed Northern Territory Intervention for another ten years.

The book shows the process which led to decisions were badly flawed, miserably failing the people who provided evidence to its inquiries by disdainfully pushing the legislation through the House of Representatives before the Senate Inquiry report had been completed.

Hon. Alastair Nicholson AO in the foreword to the book makes the point,
What I find almost equally disturbing as the policy of ignoring the participation and input of Aboriginal people into the decision making process is Government willingness to perpetuate and cloak racial discrimination against them as so called ‘special measures’ purporting to protect them, while at the same time abandoning any semblance of compliance with international obligations.

“A Decision to Discriminate” uses quotes as a way of recording what the people have said, e.g. Dr Gondarra OAM, Dhurili Clan Nation:

“... please do not let us down and say, ‘This is the legislation we are going to deal with, because the Aboriginal people are naughty boys and naughty girls and so we need to look after them and we need to treat them this way.’ No, we do not need that. We are not a puppet on a string. You do not play around with us. We want to be a free people. We want to determine our dignity and pride in being a people. That is the message that we are giving.”

This book documents:

- How the majority of those providing evidence to the Committee held similar adverse views in regard to the Stronger Futures legislation
- How Aboriginal people of the Northern Territory are being denied the right of taking responsibility for their communities
- How the Senate Inquiry Committee failed to offer constructive alternatives for Government consideration through recommendation that genuinely reflected the views of the people

'**A Decision to Discriminate**' is an important sequel to the highly regarded "This Is What We Said" (February 2010), "Walk With Us" (August 2011) and "NT Consultations Report 2011: By Quotations", published in February 2012.

http://www.concernedaustralians.com.au/media/ADTD_Order_Form.pdf

NT INTERVENTION – STRONGER FUTURES

In 2007 the government introduced the "Northern Territory Emergency Response" (NTER, commonly known as "NT Intervention"). This measure was set to last for 5 years, and shortly before its end of term in 2012 the parliament passed a new legislation, 'Stronger Futures', which basically extended the main measures of the NT Intervention for another 10 years.

Was the Intervention a success? No. By now there is plenty of evidence available (including government reports and statistics), which proves the NT Intervention was not successful.

So why did the government decide to continue a failed policy for 10 more years? The responsible Minister, Jenny Macklin, argued: *"Well the message loud and clear from Aboriginal people, from parents and grandparents is that they want this."*

There were over 450 submissions to the Inquiry into the Stronger Futures Bills, the vast majority of which were highly critical of the Bills. The submissions came from a diverse range of people and organisations including Aboriginal communities, lawyers, welfare agencies, human rights groups and churches. The Inquiry process failed Aboriginal people as their clearly expressed views were ignored by all but a handful of legislators. These views are now on the public record.

Do Aboriginal people really want a policy that failed for them to be continued? Unfortunately the voices of Aboriginal peoples are seldom heard in the public discussion. In the tradition of its predecessors the latest book by 'concerned Australians' "**A Decision to Discriminate**" sets out to prove that the vast majority of Aboriginal people neither like the Intervention nor want its continuation. Even some politicians acknowledged these facts, eg, Senator Scullion, the Shadow Minister for Indigenous Affairs, when he said:

When we get to most communities any observer would say that Aboriginal people more generally hate the Intervention. They do not like it, it invades their rights and they feel discriminated against.

Despite of all the evidence against the "Stronger Futures" legislation the legislation received bipartisan support in both houses of the parliament.

Further info: <http://www.respectandlisten.org/nt-intervention/concerned-australians/a-decision-to-discriminate.html>



Von links nach rechts: Jeff McMullen, Sekai Holland, Graeme Mundine



Von links nach rechts (vorne): Rachel Siewert, Barbara Shaw,
Sekai Holland, Jeff McMullen



Von links nach rechts: Sabine Kacha, Sekai Holland, Jeff
McMulle